

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im dritten Quartal 1991 641
 Exporte steigen wieder 652
 Pflegeversicherung — Einbeziehung in die Krankenversicherungen mit allgemeiner Versicherungs- und Kontrahierungspflicht 658
 Zahlenbeilage

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 46/91

Berlin

14. November 1991

58. Jahrgang

Bibliothek

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im dritten Quartal 1991

Erste Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Nach der Jahresmitte hat sich die Kluft zwischen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den beiden Teilen Deutschlands nicht weiter vergrößert. Während die gesamtwirtschaftliche Produktion (gemessen am saison- und arbeitstäglich bereinigten Bruttoinlandsprodukt) in Westdeutschland nun den Vorquartalswert unterschritt, ging sie in Ostdeutschland (gemessen am Ursprungswert) gegen-

über dem Vorquartal — trotz urlaubsbedingter Produktionseinschränkungen — kaum zurück. Für Gesamtdeutschland errechnet sich ein reales Brutto sozialprodukt, das um rund 1,5 vH höher ist als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Mit 6 vH war der Deflationierungsfaktor ebenso hoch wie im Vorquartal, nominal expandierte somit das Brutto sozialprodukt um etwa 7,5 vH.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
 Eckdaten der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

	1990				1991		
	I	II	III	IV	I	II	III
	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr						
Brutto sozialprodukt							
zu jeweiligen Preisen	6,7	4,7	5,4	4,7	3,7	7,3	7,5
zu konstanten Preisen	3,9	2,7	2,4	1,4	0,3	1,2	1,4
Deflationierungsfaktor	2,7	1,9	2,9	3,3	3,4	6,0	6,1
	1000 Personen						
Erwerbstätige	37 520	37 415	37 245	36 940	36 370	36 350	36 260
dar.: Kurzarbeiter	98	49	1 325	1 782	2 047	2 102	1 601
Arbeitslose	2 138	1 966	2 124	2 216	2 589	2 474	2 679
Arbeitslosenquote (vH) ¹⁾	5,4	5,0	5,4	5,7	6,7	6,4	6,9
	Mrd. DM						
Leistungsbilanzsaldo	32,3	19,1	15,1	13,0	-9,3	-10,8	-12,5

¹⁾ Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose).

Quellen: Schätzungen und Berechnungen des DIW unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesanstalt für Arbeit.

Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im Berichtszeitraum insgesamt weiter deutlich ab. Sie lag mit 36,3 Millionen um etwa 1 Million, d.h. 2,5 vH, unter der des Vorjahres. Der Anteil der Personen, die kurz arbeiteten (1,6 Millionen), fiel im Berichtszeitraum von fast 6 vH (Vorquartal) auf 4,5 vH. Die Zahl der Arbeitslosen stieg um 200 000 auf nunmehr fast 2,7 Millionen. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von fast 7 vH. Während die Arbeitslosenquote für Westdeutschland etwa unverändert blieb (5,3 vH), nahm sie in Ostdeutschland weiter deutlich zu, von 10,5 vH im zweiten Vierteljahr auf 13 vH im Berichtsquartal.

Wachstum der westdeutschen Wirtschaft verliert an Tempo^{1,2}

Im Verlauf des Sommerhalbjahres hat das Wachstumstempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Westdeutschland merklich an Tempo verloren. Arbeitstäglich- und saisonbereinigt ging das reale Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal sogar um 0,5 vH zurück — nach 1,5 vH im Vorquartal —, kalendermonatlich hat es stagniert.

Im gleichen Tempo sank das Bruttosozialprodukt. Der Deflationierungsfaktor — der Preisindex des Bruttosozialprodukts — nahm mit 1 vH etwas schwächer zu als im Vorquartal. Das entsprechende Vorjahresniveau wurde um 4,7 vH übertroffen. Dieser Anstieg war etwas geringer als der Preisanstieg bei den im Inland verwendeten Gütern, da sich die Terms of Trade abermals verschlechterten.

Beiträge der Wirtschaftsbereiche

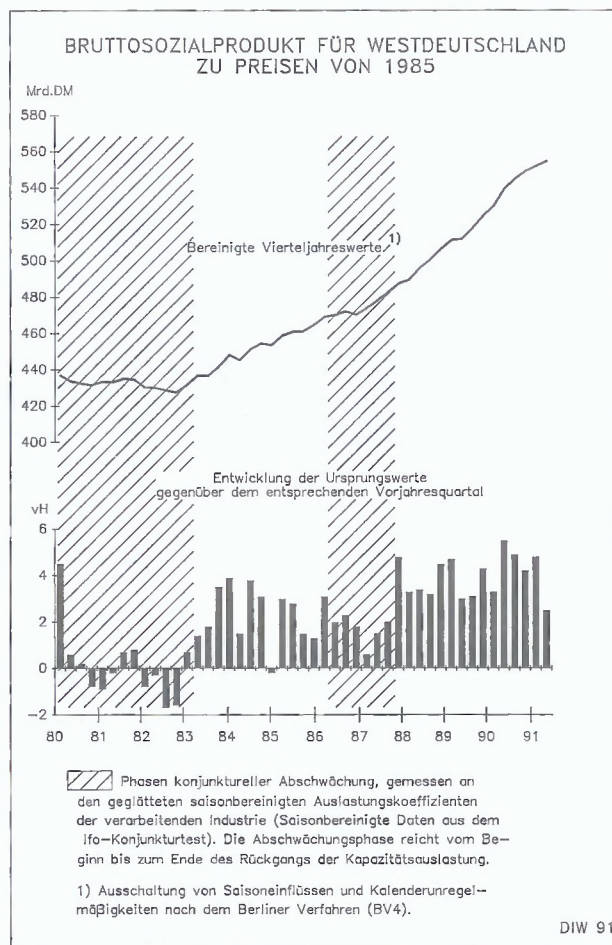
Im produzierenden Gewerbe erhöhte sich die reale Wertschöpfung insgesamt nicht mehr. Während die Leistung im verarbeitenden Gewerbe deutlich zurückging — vor allem bei Verbrauchsgütern sowie Nahrungs- und Genußmitteln —, weitete die Bauwirtschaft ihre Produktion aber erneut aus.

Im Bereich Handel und Verkehr kam es zuletzt zu einer deutlichen Abnahme der Leistung. Dabei spielt eine Rolle, daß die ostdeutschen privaten Haushalte ihr Kaufverhalten normalisieren, das heißt, mehr und mehr in Ostdeutschland kaufen. Hinzu kam, daß westdeutsche Konsumenten wegen des Rückgangs ihrer Realeinkommen Kaufzurückhaltung übten.

In den Dienstleistungsbereichen wurde die Leistung insgesamt erneut kräftig ausgeweitet. Eine Ursache dafür war, daß mehr ostdeutsche Bürger als zuvor ihren Urlaub in Westdeutschland verbrachten.

Verwendung des Bruttosozialprodukts

Nominal expandierte der *private Verbrauch* im Berichtszeitraum mit einer Rate von 1,5 vH leicht abgeschwächt.



Zwar stiegen die verfügbaren Nettoeinkommen — vor allem wegen der Einführung des Solidaritätszuschlages — mit 1 vH nur noch halb so rasch wie zuvor, aber die privaten Haushalte paßten ihr Konsumverhalten dieser Entwicklung nicht voll an und reduzierten ihre Spartätigkeit. Allerdings zehrte der gleichzeitige Preisanstieg den Ausgabenanstieg völlig auf. Neben administrativen Preisanhebungen (Steuern und Gebühren), die am 1. Juli in Kraft traten und mit 0,8 vH gut die Hälfte des Anstiegs im dritten Quartal ausmachten, spielte auch eine Rolle, daß sich Saisonwaren vorübergehend stark verteuerten, da die Ernte wegen der Frostschäden im Frühjahr teilweise deutlich geringer als saisonüblich ausfiel.

¹ Analysiert werden in diesem Bericht saison- und arbeitstäglich bereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV4) vorgenommen. Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist.

² Es ist aus analytischen Gründen unumgänglich, volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für die beiden deutschen Wirtschaftsgebiete getrennt zu erstellen. Da viele Statistiken bereits für das gesamte Wirtschaftsgebiet geführt werden und die Informationen über die Beziehungen zwischen den beiden Teilgebieten sehr lückenhaft sind, beruht ein großer Teil der Berechnungen auf Schätzungen.

WESTDEUTSCHLAND
Index der Nettoproduktion für das verarbeitende Gewerbe*)

	1989	1990	1989				1990				1991		
			I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
	1985 = 100												
Grundstoff- und Produktionsgüter	108,6	110,6	106,8	110,7	108,1	108,8	111,0	110,9	110,2	110,4	111,0	115,2	111,3
Investitionsgüter	116,4	122,6	110,4	118,4	110,2	126,5	120,6	121,9	116,4	131,6	122,9	129,3	119,5
Verbrauchsgüter	111,2	117,7	110,3	111,2	107,3	115,9	117,8	113,9	114,4	124,7	124,2	123,6	120,4
Nahrungs- und Genußmittel	106,2	119,3	98,3	103,5	105,9	117,0	105,2	109,8	125,0	137,3	123,7	128,2	130,9
Verarbeitendes Gewerbe	112,6	118,3	108,3	113,9	108,8	119,3	116,1	116,6	115,3	125,3	120,0	124,5	118,6
	in vH gegenüber Vorjahr												
Grundstoff- und Produktionsgüter	2,0	1,9	3,3	3,8	0,7	0,5	3,9	0,2	1,9	1,5	0,0	3,9	1,0
Investitionsgüter	7,3	5,4	6,0	9,6	7,1	6,4	9,2	2,9	5,6	4,1	1,9	6,1	2,7
Verbrauchsgüter	4,1	5,9	1,3	6,9	3,4	5,1	6,8	2,5	6,6	7,6	5,4	8,5	5,2
Nahrungs- und Genußmittel	2,5	12,4	-1,4	4,7	2,1	4,4	7,0	6,1	18,0	17,3	17,6	16,7	4,7
Verarbeitendes Gewerbe	5,0	5,1	3,9	7,2	4,3	4,5	7,3	2,4	6,0	5,0	3,3	6,8	2,8

*) Fachliche Unternehmensteile; Ursprungswerte, kalendermonatlich.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

Besondere Zurückhaltung übten die privaten Haushalte beim Kauf von Mineralölprodukten, insbesondere von Kraftstoffen. Um der höheren Besteuerung seit 1. Juli so weit wie möglich zu entgehen, waren Käufe vorgezogen worden. Auch der Fahrzeugeinzelhandel hatte gegenüber dem Vorquartal deutliche Einbußen zu verzeichnen. Zwar war die Zahl der Neuzulassungen im Juli wegen des Auslaufens von steuerlichen Vergünstigungen beim Kauf schadstoffarmer Autos so hoch wie nie zuvor. Danach gingen die Zulassungen aber stark zurück, so daß der Durchschnitt um 13 vH unter dem des Vorquartals lag.

Bei den *Ausrüstungsinvestitionen* ist die Entwicklung seit Jahresbeginn deutlich abwärts gerichtet. Real hielten sich die Ausrüstungen nun nur noch auf dem Niveau des Vorquartals, sie übertrafen damit das Vorjahresniveau um 8,5 vH. Die Importe stiegen dabei jedoch kräftig. Der Preisauftrieb blieb insgesamt etwa unverändert. Während sich bei inländischen Erzeugnissen der Preisauftrieb verschärfte, gingen die Preise für Importe sogar etwas zurück.

Bei den *Bauinvestitionen* wirkte sich die schwächere Nachfrage nach Bauleistungen noch nicht auf die Produktionstätigkeit im Berichtszeitraum aus. Vor allem im Ausbaugewerbe stieg die Produktion deutlich. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum kam es insgesamt zu einem Zuwachs von 5,5 vH. Unterdurchschnittlich war dabei die Zunahme im öffentlichen Bau — hier führten die Finanzprobleme zu einer Zurücknahme der Investitionstätigkeit —, überdurchschnittlich dagegen im gewerblichen Bau. Der Preisauftrieb schwächte sich mit 1,5 vH insgesamt nur wenig ab, der Vorjahresstand wurde erneut um 7 vH übertroffen.

Der reale *Außenbeitrag* (Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) ging auch im Berichtszeit-

raum zurück, er belief sich nur noch auf etwa 50 Mrd. DM³. Ausschlaggebend war, daß sich der Überschuß in der Dienstleistungsbilanz abermals deutlich verringerte. Der Warenbilanzüberschuß nahm dagegen wieder zu, weil die Warenexporte expandierten, während die Importe stagnierten.

Arbeitsvolumen und Lohnstückkosten

Auch im Berichtszeitraum übertraf die Entwicklung des eingesetzten Arbeitsvolumens die der gesamtwirtschaftlichen Produktion, die Produktivität je Erwerbstätigenstunde sank erneut. Maßgeblich dafür war, daß die Zahl der Erwerbstätigen (im Inland) in unverändertem Tempo stieg. Dabei wurde der Bedarf zu einem großen Teil mit Pendlern aus Ostdeutschland gedeckt. Während die Zahl der Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie etwas zurückging und im Baugewerbe etwa stagnierte, wurde sie in den Dienstleistungsbereichen und im Handwerk kräftig ausgeweitet.

Die Zunahme der Beschäftigtenzahl führte dazu, daß sich die Summe der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach der raschen Expansion im Vorquartal — hier hatten vor allem verspätete Auszahlungen eine Rolle gespielt — nochmals spürbar erhöhte. Die *Lohnstückkosten* nahmen abermals deutlich zu und übertrafen das Niveau vom Vorjahresquartal nun um 6 vH. Bei dieser Konstellation von Kosten- und Preisentwicklung gingen die Gewinneinkommen deutlich zurück, sie lagen sogar unter dem entsprechenden Vorjahreswert.

³ Auf Jahresbasis hochgerechnet.

WESTDEUTSCHLAND
Ursprungswerte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1989	1990	1989			1990				1991		
			II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts												
Zu Preisen von 1985												
Arbeitsvolumen (Mill. Std.)	45998	46576	11697	11010	11644	12000	11626	11212	11738	11866	12022	11580
Beschäftigte (1000 Pers.)	24651	25470	24563	24765	24973	24996	25332	25617	25935	25857	26207	26510
Produktivität (DM)	44,03	45,55	42,80	46,02	45,37	42,56	44,65	47,78	47,22	44,68	45,38	47,45
Bruttoinlandsprodukt (Mrd. DM)	2024,2	2119,7	500,6	506,7	528,3	510,7	519,1	535,7	554,2	530,2	545,6	549,5
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)												
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	1221,9	1313,9	293,1	302,6	348,9	295,4	316,3	324,0	378,2	314,8	346,7	352,3
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	992,8	1069,8	237,7	246,5	283,7	240,1	257,0	264,4	308,3	256,7	281,7	286,9
Nettolohn- u. -gehaltsumme	671,5	743,0	158,8	168,4	189,3	169,8	177,6	186,5	209,2	180,1	188,8	193,8
Bruttoeink. a. Unternehmertät. u. Verm.	512,4	557,5	130,2	127,8	124,9	143,5	136,2	147,7	130,0	153,9	144,1	146,9
Indirekte Steuern abz. Subventionen	231,5	254,4	56,0	58,1	61,5	58,7	58,9	65,5	71,3	67,1	70,7	75,2
Abschreibungen	279,4	299,7	69,5	70,4	71,4	72,5	74,6	75,5	77,0	78,2	81,1	82,6
Bruttosozialprodukt	2245,2	2425,5	548,8	558,9	606,7	570,2	586,1	612,7	656,5	614,0	642,6	656,9
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)												
Privater Verbrauch	1209,6	1299,2	299,1	298,1	326,1	306,6	319,0	322,0	351,7	325,8	340,9	342,5
Öffentlicher Verbrauch	418,8	443,1	98,4	101,3	123,0	101,5	105,8	108,0	127,8	103,6	112,4	115,0
Anlageinvestitionen	451,4	509,5	116,5	114,5	126,5	108,2	129,9	129,2	142,2	118,1	147,9	145,2
Bauten	246,5	275,0	65,5	65,9	63,1	58,7	72,3	74,0	70,1	61,5	82,1	83,6
Ausrüstungen	204,9	234,5	50,9	48,6	63,4	49,5	57,6	55,3	72,1	56,6	65,7	61,5
Vorratsveränderung	20,7	19,5	-1,3	13,0	-7,2	14,0	-0,6	17,1	-11,1	19,2	3,5	18,1
Außenbeitrag	144,7	154,2	36,2	32,1	38,3	39,9	32,1	36,4	45,9	47,4	38,0	36,1
Ausfuhr	787,9	872,9	200,7	193,3	205,6	210,2	206,1	217,2	239,4	243,6	246,3	248,0
darunter: Waren	616,4	659,3	157,8	149,5	159,4	163,4	159,1	160,5	176,2	178,8	182,1	182,2
Einfuhr	643,2	718,7	164,6	161,3	167,3	170,2	174,0	180,9	193,6	196,2	208,4	211,9
darunter: Waren	475,4	521,4	122,4	113,3	127,0	124,5	125,1	125,5	146,2	146,6	152,8	148,3
Bruttosozialprodukt	2245,2	2425,5	548,8	558,9	606,7	570,2	586,1	612,7	656,5	614,0	642,6	656,9
Zu Preisen von 1985 (Mrd. DM)												
Privater Verbrauch	1156,7	1211,1	285,5	285,5	310,6	288,1	298,7	299,7	324,6	298,2	309,0	306,1
Öffentlicher Verbrauch	382,6	390,5	94,3	94,5	100,8	94,6	97,2	97,5	101,2	94,3	96,8	98,4
Anlageinvestitionen	421,4	458,6	108,8	106,4	117,4	99,4	116,7	115,5	127,0	104,6	127,0	123,5
Bauten	225,7	237,7	60,2	60,1	57,0	52,2	62,6	63,4	59,5	51,2	66,5	67,0
Ausrüstungen	195,7	220,9	48,6	46,4	60,3	47,2	54,1	52,1	67,5	53,4	60,5	56,6
Vorratsveränderung	21,9	22,5	-0,7	13,2	-8,5	16,0	1,1	16,9	-11,6	20,3	4,2	16,7
Außenbeitrag	64,2	56,0	18,7	12,6	14,0	16,8	9,5	10,7	19,0	19,2	11,2	8,5
Ausfuhr	768,3	844,0	195,8	187,6	198,9	205,5	199,8	209,6	229,1	233,8	234,0	232,5
darunter: Waren	607,1	649,3	155,2	146,5	156,7	161,8	156,5	158,0	172,9	175,2	176,4	174,7
Einfuhr	704,1	788,1	177,0	175,0	184,9	188,7	190,4	198,9	210,1	214,6	222,8	224,0
darunter: Waren	549,1	611,6	138,0	131,0	148,4	146,6	146,3	149,9	168,8	170,4	174,4	169,9
Bruttosozialprodukt	2046,8	2138,7	506,5	512,2	534,3	514,9	523,2	540,3	560,3	536,7	548,1	553,2
Preisentwicklung (1985 = 100)												
Privater Verbrauch	104,6	107,3	104,8	104,4	105,0	106,4	106,8	107,5	108,3	109,3	110,3	111,9
Öffentlicher Verbrauch	109,5	113,5	104,4	107,1	122,0	107,2	108,9	110,7	126,3	109,8	116,1	116,9
Bauten	109,2	115,7	108,9	109,7	110,6	112,5	115,4	116,7	117,8	120,0	123,5	124,9
Ausrüstungen	104,7	106,2	104,8	104,9	105,2	104,9	106,6	106,0	106,8	106,1	108,7	108,8
Ausfuhr	102,6	103,4	102,5	103,0	103,4	102,3	103,1	103,7	104,5	104,2	105,3	106,7
Einfuhr	91,4	91,2	93,0	92,2	90,5	90,2	91,4	90,9	92,1	91,5	93,5	94,6
Nachr.: Terms of Trade	112,3	113,4	110,3	111,8	114,2	113,4	112,8	114,0	113,4	113,9	112,6	112,8
Bruttosozialprodukt	109,7	113,4	108,4	109,1	113,6	110,7	112,0	113,4	117,2	114,4	117,2	118,8
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	107,1	109,9	104,0	106,1	117,3	102,8	108,3	107,4	121,2	105,5	112,9	113,9

¹⁾ Die Abweichungen in den Summen sind durch Rundung der Zahlen bedingt. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1985 = 100.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim jeweils neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

WESTDEUTSCHLAND
Entwicklung der Ursprungswerte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1989	1990	1989			1990				1991		
			II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts												
Zu Preisen von 1985												
Arbeitsvolumen	0,2	1,3	2,4	-0,8	-0,7	3,0	-0,6	1,8	0,8	-1,1	3,4	3,3
Beschäftigte	1,6	3,3	1,5	1,6	1,8	2,9	3,1	3,4	3,9	3,5	3,5	3,5
Produktivität	3,1	3,4	1,8	3,4	3,4	1,5	4,3	3,8	4,1	5,0	1,6	-0,7
Bruttoinlandsprodukt	3,3	4,7	4,2	2,6	2,7	4,5	3,7	5,7	4,9	3,8	5,1	2,6
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen												
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	4,5	7,5	4,2	4,3	4,5	6,6	7,9	7,1	8,4	6,6	9,6	8,7
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	4,6	7,8	4,3	4,5	4,6	6,7	8,1	7,3	8,7	6,9	9,6	8,5
Nettolohn- u. -gehaltsumme	3,7	10,7	2,8	3,7	4,0	9,5	11,8	10,8	10,5	6,1	6,4	3,9
Bruttoeink. a. Unternehmertät. u. Verm.	9,9	8,8	13,8	6,3	9,4	10,8	4,7	15,6	4,1	7,2	5,8	-0,6
Indirekte Steuern abz. Subventionen	10,6	9,9	9,8	11,6	9,3	5,1	5,1	12,6	16,0	14,4	20,0	14,8
Abschreibungen	6,2	7,3	6,4	6,4	6,4	6,4	7,4	7,3	7,8	7,8	8,7	9,4
Bruttosozialprodukt	6,5	8,0	7,2	5,7	6,1	7,4	6,8	9,6	8,2	7,7	9,6	7,2
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen												
Privater Verbrauch	4,8	7,4	5,6	4,1	4,8	7,1	6,7	8,0	7,8	6,3	6,9	6,4
Öffentlicher Verbrauch	1,6	5,8	1,8	1,9	-0,1	5,6	7,5	6,7	3,9	2,1	6,3	6,5
Anlageinvestitionen	10,1	12,9	10,6	7,6	10,4	15,2	11,5	12,9	12,4	9,1	13,9	12,3
Bauten	8,4	11,5	7,6	5,1	7,6	12,7	10,3	12,3	11,2	4,8	13,7	13,0
Ausrüstungen	12,3	14,5	14,7	11,0	13,3	18,4	13,1	13,7	13,6	14,3	14,1	11,3
Vorratsveränderung
Außenbeitrag
Ausfuhr	14,6	10,8	19,4	13,6	10,7	11,6	2,7	12,4	16,5	15,9	19,5	14,2
darunter: Waren	12,5	7,0	18,5	10,8	8,1	9,2	0,8	7,4	10,5	9,4	14,5	13,6
Einfuhr	13,6	11,7	18,1	10,6	13,9	13,4	5,8	12,2	15,7	15,3	19,7	17,2
darunter: Waren	15,4	9,7	20,5	11,0	16,2	10,5	2,2	10,8	15,2	17,7	22,1	18,2
Bruttosozialprodukt	6,5	8,0	7,2	5,7	6,1	7,4	6,8	9,6	8,2	7,7	9,6	7,2
Zu Preisen von 1985												
Privater Verbrauch	1,7	4,7	2,3	1,1	1,8	4,7	4,7	5,0	4,5	3,5	3,4	2,2
Öffentlicher Verbrauch	-1,7	2,1	-0,9	-1,4	-3,7	1,8	3,1	3,2	0,4	-0,3	-0,4	0,9
Anlageinvestitionen	7,0	8,8	7,3	4,4	7,4	11,9	7,3	8,6	8,2	5,2	8,8	6,9
Bauten	4,8	5,3	4,1	1,5	3,8	7,7	4,0	5,6	4,4	-1,8	6,2	5,6
Ausrüstungen	9,8	12,9	11,5	8,5	11,0	16,9	11,3	12,5	11,9	13,0	11,8	8,5
Vorratsveränderung
Außenbeitrag
Ausfuhr	11,4	9,9	15,5	10,5	8,4	10,5	2,1	11,7	15,2	13,7	17,1	10,9
darunter: Waren	9,7	7,0	14,7	8,0	6,5	8,8	0,8	7,9	10,4	8,3	12,7	10,6
Einfuhr	8,4	11,9	10,0	6,1	11,1	12,9	7,5	13,7	13,6	13,7	17,0	12,6
darunter: Waren	9,5	11,4	10,9	6,4	13,0	11,3	6,1	14,5	13,8	16,2	19,2	13,3
Bruttosozialprodukt	3,8	4,5	4,7	3,0	3,1	4,3	3,3	5,5	4,9	4,2	4,8	2,4
Preisentwicklung (1985 = 100)												
Privater Verbrauch	3,1	2,6	3,2	3,0	3,0	2,3	1,9	2,9	3,2	2,7	3,3	4,1
Öffentlicher Verbrauch	3,3	3,7	2,6	3,3	3,8	3,7	4,3	3,4	3,6	2,4	6,7	5,6
Bauten	3,5	5,9	3,4	3,6	3,7	4,6	6,0	6,4	6,5	6,7	7,0	7,1
Ausrüstungen	2,3	1,4	2,8	2,3	2,1	1,3	1,7	1,1	1,6	1,2	2,0	2,6
Ausfuhr	2,8	0,8	3,5	2,8	2,1	1,0	0,6	0,6	1,1	1,9	2,1	2,9
Einfuhr	4,8	-0,2	7,3	4,2	2,6	0,5	-1,6	-1,3	1,8	1,4	2,3	4,0
Nachr.: Terms of Trade	-1,9	1,0	-3,6	-1,4	-0,5	0,5	2,3	2,0	-0,7	0,5	-0,2	-1,1
Bruttosozialprodukt	2,6	3,4	2,3	2,7	2,9	3,0	3,4	3,9	3,2	3,3	4,7	4,7
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	1,2	2,7	0,0	1,7	1,7	1,9	4,1	1,3	3,3	2,6	4,3	6,0

¹⁾ Veränderung in vH gegenüber Vorjahr. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1985 = 100.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim jeweils neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

WESTDEUTSCHLAND
Saisonbereinigte Werte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1988	1989				1990				1991		
	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts Zu Preisen von 1985												
Arbeitsvolumen (Mill. Std.)	11531	11446	11623	11466	11529	11740	11535	11659	11648	11604	11925	12012
Beschäftigte (1000 Pers.)	24396	24479	24581	24710	24861	25140	25348	25568	25826	25999	26220	26458
Produktivität (DM)	43	44	44	44	44	45	45	46	46	47	46	46
Bruttoinlandsprodukt (Mrd. DM)	497	500	506	506	513	522	524	535	539	542	550	549
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM) ³⁾												
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	1189	1202	1210	1230	1244	1280	1297	1320	1357	1363	1410	1435
Bruttolohn- u. -gehaltssumme	965	976	983	1000	1011	1040	1056	1075	1107	1111	1148	1167
Nettolohn- u. -gehaltssumme	659	659	663	676	688	719	735	750	767	763	776	780
Bruttoeink. a. Unternehmertät. u. Verm.	485	495	518	506	536	544	547	579	562	582	581	573
Indirekte Steuern abz. Subventionen	214	226	231	232	234	240	244	260	272	276	292	298
Abschreibungen	269	273	277	281	286	291	297	302	308	314	323	330
Bruttosozialprodukt	2157	2197	2236	2250	2300	2355	2385	2460	2499	2535	2606	2636
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts Zu jeweiligen Preisen, außerdem arbeitstäglich bereinigt (Mrd. DM) ³⁾												
Privater Verbrauch	1174	1186	1205	1214	1234	1267	1284	1310	1335	1345	1370	1392
Öffentlicher Verbrauch	421	417	416	420	425	439	442	446	447	449	464	473
Anlageinvestitionen	422	437	444	455	470	490	500	515	535	539	567	574
Bauten	233	244	242	247	255	267	270	278	285	284	307	313
Ausrüstungen	188	193	201	208	216	223	230	237	250	254	260	261
Vorratsveränderung	3	14	15	14	32	12	18	27	16	34	37	30
Außenbeitrag	135	144	151	148	138	143	143	161	171	174	167	160
Ausfuhr	720	757	794	797	804	825	838	892	945	973	999	1006
darunter: Waren	572	597	622	622	626	638	641	667	697	711	732	746
Einfuhr	585	613	642	649	666	682	695	731	774	799	831	846
darunter: Waren	425	454	477	478	490	492	500	531	567	589	611	617
Bruttosozialprodukt	2155	2198	2231	2251	2300	2350	2387	2459	2503	2540	2605	2628
Zu Preisen von 1985, außerdem arbeitstäglich bereinigt (Mrd. DM) ³⁾												
Privater Verbrauch	1147	1146	1154	1159	1172	1194	1204	1218	1229	1234	1242	1244
Öffentlicher Verbrauch	394	385	383	382	383	391	393	392	388	389	390	394
Anlageinvestitionen	402	413	416	424	435	448	452	462	475	475	489	491
Bauten	219	227	223	225	230	237	235	238	241	237	249	250
Ausrüstungen	183	186	193	199	205	211	217	223	234	238	240	241
Vorratsveränderung	4	15	14	16	33	14	22	29	19	34	36	27
Außenbeitrag	55	66	77	67	49	52	45	57	68	62	55	49
Ausfuhr	714	743	774	775	781	802	812	862	907	929	948	946
darunter: Waren	571	591	613	611	615	629	632	658	685	694	710	717
Einfuhr	659	677	697	708	733	749	767	805	839	866	893	897
darunter: Waren	508	528	544	550	572	577	592	627	656	683	702	702
Bruttosozialprodukt	2001	2025	2044	2048	2072	2099	2117	2158	2179	2195	2212	2206
Nachr.: kalendermonatlich	2003	2023	2048	2048	2072	2103	2115	2159	2177	2191	2213	2211
Preisentwicklung (1985 = 100)												
Privater Verbrauch	102	104	104	105	105	106	107	108	109	109	110	112
Öffentlicher Verbrauch	107	108	108	110	111	112	112	114	115	115	119	120
Bauten	107	108	108	110	111	113	115	117	118	120	123	125
Ausrüstungen	103	104	104	105	105	106	106	106	107	107	108	109
Ausfuhr	101	102	103	103	103	103	103	103	104	105	105	106
Einfuhr	89	91	92	92	91	91	91	91	92	92	93	94
Nachr.: Terms of Trade	114	112	111	112	113	113	114	114	113	114	113	113
Bruttosozialprodukt	108	109	109	110	111	112	113	114	115	116	118	119
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	106	107	106	108	108	109	110	109	111	112	114	116

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Ergebnisse wurden gerundet. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1985 = 100. — ³⁾ Vierteljahresdaten auf Jahresbasis hochgerechnet.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim jeweils neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

WESTDEUTSCHLAND
Entwicklung der saisonbereinigten Werte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1988	1989				1990				1991		
	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts												
Zu Preisen von 1985												
Arbeitsvolumen	0,5	-0,5	1,5	-1,5	0,5	2,0	-2,0	1,0	0,0	-0,5	3,0	0,5
Beschäftigte	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	1,0	1,0	1,0	1,0	0,5	1,0	1,0
Produktivität	0,5	1,5	-0,5	1,5	0,5	0,0	2,0	1,0	1,0	1,0	-1,0	-1,0
Bruttoinlandsprodukt	1,0	0,5	1,0	0,0	1,5	2,0	0,5	2,0	0,5	0,5	1,5	0,0
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen												
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	1,0	1,0	0,5	1,5	1,0	3,0	1,5	1,5	3,0	0,5	3,5	1,5
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	1,0	1,0	0,5	2,0	1,0	3,0	1,5	2,0	3,0	0,5	3,5	1,5
Nettolohn- u. -gehaltsumme	1,0	0,0	0,5	2,0	2,0	4,5	2,0	2,0	2,5	-0,5	1,5	0,5
Bruttoeink. a. Unternehmertät. u. Verm.	2,0	2,0	4,5	-2,5	6,0	1,5	0,5	6,0	-3,0	3,5	0,0	-1,5
Indirekt Steuern abz. Subventionen	1,5	6,0	2,0	0,5	1,0	2,5	2,0	6,5	4,5	1,5	5,5	2,5
Abschreibungen	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	2,0	2,0	1,5	2,0	2,0	2,5	2,5
Bruttosozialprodukt	1,5	2,0	2,0	0,5	2,0	2,5	1,5	3,0	1,5	1,5	3,0	1,0
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen, außerdem arbeitstäglich bereinigt												
Privater Verbrauch	1,0	1,0	1,5	0,5	1,5	2,5	1,5	2,0	2,0	0,5	2,0	1,5
Öffentlicher Verbrauch	2,0	-1,0	0,0	1,0	1,0	3,5	0,5	1,0	0,0	0,5	3,5	2,0
Anlageinvestitionen	2,0	3,5	1,5	2,5	3,5	4,0	3,0	2,0	4,0	1,0	4,0	4,0
Bauten	2,0	4,5	-0,5	2,0	3,0	4,5	2,0	2,0	2,5	0,0	7,0	5,0
Ausrüstungen	2,0	2,5	4,0	3,5	3,5	3,0	4,0	2,5	5,5	2,0	1,0	3,0
Vorratsveränderung
Außenbeitrag
Ausfuhr	3,5	5,0	5,0	0,5	1,0	2,5	2,0	6,0	6,0	3,0	2,0	2,5
darunter: Waren	2,5	4,5	4,5	0,0	0,5	2,0	1,0	3,5	4,5	2,0	2,0	3,5
Einfuhr	1,5	5,0	5,0	1,0	2,5	2,0	2,5	4,5	6,0	3,5	3,5	3,5
darunter: Waren	1,0	6,5	5,0	0,0	2,5	0,0	2,0	5,5	7,0	4,0	3,0	2,5
Bruttosozialprodukt	1,5	2,0	1,5	1,0	2,0	2,0	2,0	3,0	2,0	1,5	2,0	1,5
Zu Preisen von 1985, außerdem arbeitstäglich bereinigt												
Privater Verbrauch	0,5	0,0	0,5	0,5	1,0	2,0	1,0	1,0	1,0	0,5	0,5	0,0
Öffentlicher Verbrauch	1,0	-2,0	-0,5	-0,5	0,5	2,0	0,5	0,0	-1,0	0,5	0,0	1,0
Anlageinvestitionen	1,0	3,0	1,0	2,0	2,5	3,0	2,0	1,5	3,0	0,5	2,0	3,0
Bauten	1,0	3,5	-1,5	0,5	2,0	3,0	0,5	0,5	1,0	-1,0	3,5	3,5
Ausrüstungen	1,5	1,5	3,5	3,0	3,0	3,0	3,5	2,0	5,0	2,0	0,0	3,0
Vorratsveränderung
Außenbeitrag
Ausfuhr	2,5	4,0	4,0	0,0	1,0	2,5	2,0	5,5	5,5	2,5	1,5	1,5
darunter: Waren	1,5	3,5	3,5	-0,5	0,5	2,0	1,0	3,5	4,0	1,5	1,5	3,0
Einfuhr	0,5	2,5	3,0	1,5	3,5	2,0	3,0	4,5	4,5	3,5	2,5	2,0
darunter: Waren	-0,5	4,0	3,0	1,0	4,0	1,0	3,0	5,5	4,5	4,5	2,0	1,5
Bruttosozialprodukt	1,0	1,0	1,0	0,0	1,0	1,5	1,0	2,0	1,0	1,0	0,5	0,5
Nachr.: kalendermonatlich	1,0	1,0	1,0	0,0	1,0	1,5	0,5	2,0	1,0	0,5	1,0	0,0
Preisentwicklung (1985 = 100)												
Privater Verbrauch	0,5	1,5	1,0	0,5	0,5	0,5	0,5	1,0	1,0	0,5	1,0	1,5
Öffentlicher Verbrauch	0,5	1,0	0,5	1,5	1,0	1,5	0,0	1,0	1,5	0,5	3,0	1,0
Bauten	1,0	1,0	0,5	1,0	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	2,0	1,5
Ausrüstungen	0,5	1,0	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	0,0	0,5	0,0	1,0	0,5
Ausfuhr	1,0	1,0	0,5	0,5	0,0	0,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	1,0
Einfuhr	1,5	2,0	1,5	-0,5	-1,0	0,0	-0,5	0,0	1,5	0,0	1,0	1,5
Nachr.: Terms of Trade	-0,5	-1,0	-1,0	0,5	1,0	0,0	0,5	0,0	-1,0	1,0	-0,5	-0,5
Bruttosozialprodukt	0,5	1,0	0,5	0,5	1,0	1,0	0,5	1,0	0,5	1,0	1,5	1,0
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	0,5	0,5	-0,5	1,5	0,0	1,0	1,0	-0,5	2,0	0,5	2,0	2,0

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Veränderung in vH gegenüber dem Vorquartal. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1985 = 100.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim jeweils neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

Ausblick auf das vierte Quartal

Die zur Verfügung stehenden zukunftsweisenden Indikatoren — die Auftragseingänge bei der verarbeitenden Industrie — sprechen dafür, daß es in diesem Bereich in den kommenden Monaten noch nicht zu einer nennenswerten Zunahme der Produktion kommen wird.

Der private Verbrauch, der im dritten Quartal durch Abgaben und Preisanhebungen besonders gedrückt war, wird gegen Jahresende wieder etwas stärker expandieren. Die Investitionen werden dagegen insgesamt kaum noch erhöht werden. Vor allem die Bauinvestitionen werden vermutlich zurückgehen. Dabei spielen die hohen Zinsen, der verringerte Anstieg der Realeinkommen und die Ausgabenzurückhaltung der öffentlichen Hand eine entscheidende Rolle.

Der reale Außenbeitrag könnte im letzten Jahresviertel wieder etwas zunehmen. Während die Importe kaum expandieren werden, kann bei den Exporten mit einem weiteren leichten Anstieg gerechnet werden. Zwar wird das Niveau der Lieferungen nach Ostdeutschland nicht mehr erhöht werden, aber die Lieferungen an die wichtigsten Handelspartner werden wieder etwas stärker zunehmen.

Insgesamt könnte das reale saison- und arbeitstäglich bereinigte Bruttosozialprodukt wieder das Niveau vom Vorquartal erreichen, gegenüber dem vierten Quartal 1990 würde sich die Wachstumsrate dabei auf gut 1 vH belaufen.

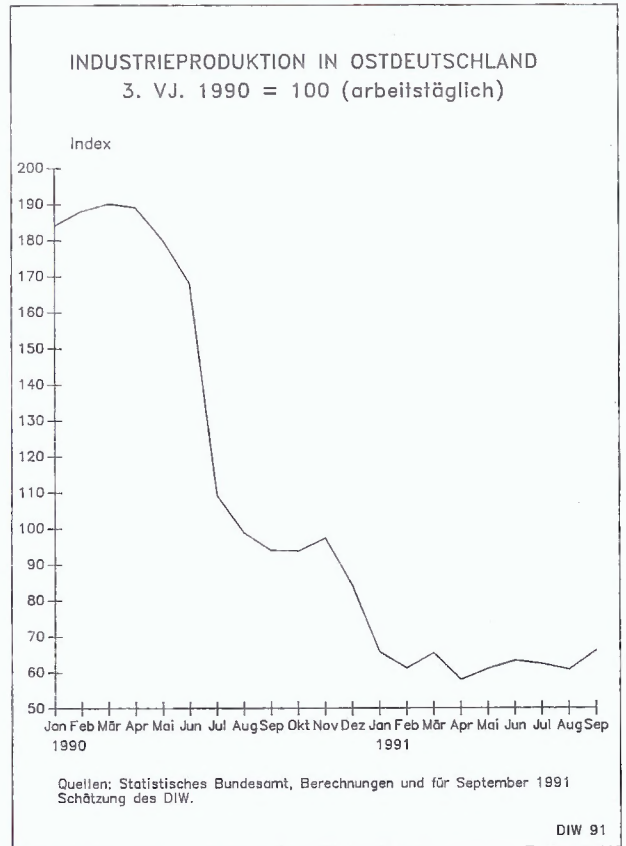
Ostdeutschland:

Kräftiger Anstieg der Lohnstückkosten^{4, 5}

Die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland ist im dritten Quartal etwa so hoch gewesen wie im Vorquartal. Die Aufschwungkkräfte waren bereits so stark, daß sie die saisonbedingten Produktionseinschränkungen aufgrund der Häufung von Urlaub in dieser Jahreszeit ausglich. Das reale Bruttoinlandsprodukt lag im dritten Quartal allerdings noch um 14 vH unter dem schon sehr niedrigen Vorjahresstand, im zweiten Quartal hatte sich die Abnahme noch auf 33 vH belaufen. Gleichzeitig beschleunigte sich der Preisaufrtrieb abermals; der Deflationierungsfaktor lag nun bereits um 24 vH über dem vorjährigen Niveau; die im Inland verwendeten Güter verteuerten sich dabei weniger rasch, die Terms of Trade verbesserten sich. Nominal belief sich der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts auf 7 vH. Wegen der kräftigen Zunahme der Pendlereinkommen war im Berichtszeitraum der Zuwachs des Bruttosozialprodukts bereits um 4 vH-Punkte höher als der des Bruttoinlandsprodukts.

Beiträge der Wirtschaftsbereiche

Das produzierende Gewerbe hat sich im Verlauf des Sommerhalbjahres insgesamt weiter stabilisiert. Im verar-



beitenden Gewerbe ist es allerdings auch im Berichtsquartal zu einem weiteren Rückgang der Wertschöpfung gekommen, das entsprechende Vorjahresniveau wurde um gut ein Drittel unterschritten. Vor allem in den verbrauchsnahe Industriebereichen wurde die Produktion weiter eingeschränkt. Bei den baunahen Produktionszweigen ist es dagegen teilweise schon zu nennenswerten Leistungssteigerungen gekommen. Ausgeglichen wurde der Rückgang beim verarbeitenden Gewerbe durch einen raschen Anstieg der Bauproduktion. Sie lag vermutlich bereits um etwa ein Viertel über dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Im Bereich Handel und Verkehr hat die Produktion nach der Jahresmitte das Niveau etwa halten können. Während der Einzelhandel wieder leicht steigende Umsätze zu verzeichnen hatte — er hat sein Sortiment nun stärker an den tatsächlichen Bedarf angepaßt —, ist vor allem beim Güterverkehr die Leistung noch etwas gesunken.

⁴ Analysiert werden Ursprungswerte und jährliche Veränderungsraten.

⁵ Bisher kann sich eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für Ostdeutschland nur auf sehr lückenhafte Informationen stützen; eine geschlossene Kreislaufrechnung ist vom Statistischen Bundesamt noch nicht vorgelegt worden. Das DIW hat deshalb versucht, diese Lücke mit einer empirisch gestützten Modellrechnung zu schließen. Da in diese Rechnung jede neue Information — auch für zurückliegende Perioden — einbezogen wird, können sich die hier veröffentlichten Daten künftig noch mehrfach ändern.

Bei den Dienstleistungsbereichen war die Entwicklung sehr unterschiedlich. Während private Dienstleistungen zum Teil kräftig expandierten, gingen die öffentlichen Dienstleistungen verstärkt zurück; hier wurde die Zahl der Beschäftigten deutlich verringert.

Verwendung des Bruttosozialprodukts

Nach Öffnung der deutsch-deutschen Grenze hatte sich die Verbrauchsentwicklung von der Einkommensentwicklung abgekoppelt; die Konsumenten schränkten ihre Sparfähigkeit ein. In den letzten Monaten hat sich nun das Verbrauchsverhalten mehr und mehr der Einkommensentwicklung angepaßt. Die wenigen zur Verfügung stehenden Indikatoren geben Anlaß zu der Annahme, daß im Berichtszeitraum die Zunahme der Masseneinkommen (Vorquartalsvergleich) erstmals über der des privaten Verbrauchs gelegen hat. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum waren die Ausgaben für Güter und Dienste um rund 17,5 vH höher; unter Berücksichtigung der gleichzeitigen Preissteigerungen reduziert sich der Anstieg auf real 5 vH; preisbereinigt war damit der private Verbrauch geringer als im Vorquartal. Der Preisauftrieb hat nach der Jahresmitte aber deutlich nachgelassen. Nahrungs- und Genussmittel verbilligten sich sogar im Verlauf des Berichtszeitraums.

Die Entwicklung der Investitionstätigkeit hat in den letzten Monaten sichtlich an Dynamik gewonnen. Während die Ausrüstungsinvestitionen — fast ausschließlich importierte Erzeugnisse — schon längere Zeit kräftig expandieren, wird nun auch die rege Nachfrage nach Bauten mehr und mehr in Produktion umgesetzt. Dabei ist im Wohnungsbau die — ohnehin noch schwache — Zunahme bisher vor allem auf Ausbauten zurückzuführen; im gewerblichen, aber auch im öffentlichen Hochbau stehen die Erweiterungsinvestitionen im Vordergrund. Insbesondere der Straßenbau profitiert von den verschiedenen Förderprogrammen der öffentlichen Hand.

Das Defizit beim realen Außenbeitrag (Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) beträgt seit Beginn des Jahres unverändert etwa 35 Mrd. DM. Bei den Einfuhren verlangsamte sich das Tempo der Zunahme gegenüber dem Vorquartal etwas. Den vergleichbaren Vorjahreswert übertrafen sie „nur“ noch um 60 vH, allerdings wirkte sich hier das hohe Vorjahrsniveau aus. Ausschlaggebend war, daß sich die Importe aus Westdeutschland — etwa 90 vH aller Importe — erstmals nicht weiter vergrößerten. Dagegen blieb das Tempo bei den Exporten immer noch gering. Während die Lieferungen nach Westdeutschland etwa gleich hoch blieben, konnten die nach Osteuropa ausgeweitet werden.

Arbeitsvolumen und Lohnstückkosten

Das geleistete Arbeitsvolumen lag im dritten Quartal nur noch um gut ein Drittel unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Für die Zahl der Erwerbstätigen blieb das Tempo des Rückgangs mit etwa 22 vH unverändert. Wie schon im Vorquartal wurden etwa 400 000 Personen freigesetzt, damit sind rund 1,9 Millionen weniger erwerbstätig als im dritten Viertel des Vorjahres. Allerdings ist die Zahl der Personen, die kurz arbeiten, gegenüber dem Vorquartal um 500 000 Personen gesunken, was bedeutet, daß im Berichtsquartal — erstmals seit Öffnung der Grenzen — die Zahl der nicht in Kurzarbeit und Wartestand befindlichen Personen gestiegen ist. Sicherlich ist dies noch kein Indiz für eine durchgreifende Besserung am Arbeitsmarkt; die verschiedenen Stützungsmaßnahmen — vor allem ABM (im dritten Quartal 260 000 Personen) — gaben hier den Ausschlag. Der verlangsamte Rückgang des Arbeitsvolumens ist somit fast ausschließlich darauf zurückzuführen, daß die tägliche Arbeitszeit im Durchschnitt wieder stieg. Da das Bruttoinlandsprodukt jedoch deutlich weniger zurückging als das Arbeitsvolumen, nahm die Produktivität je Erwerbstätigenstunde um ein Drittel zu. Belief sich das ostdeutsche Produktivitätsniveau zum Zeitpunkt der Einführung der Währungsunion auf etwa 30 vH des Westniveaus, so ist es inzwischen auf fast 40 vH gestiegen.

Das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit lag im Berichtsquartal erstmals seit einem Jahr wieder über dem Vorjahresstand. Bei den Einkommen je vollbeschäftigten Arbeitnehmer erhöhte sich der Abstand zum Vorjahresniveau — nach 26 vH im Vorquartal — auf nunmehr fast 40 vH. Die Lohnstückkosten stiegen um 28 vH. Der Anstieg war damit weit stärker als in Westdeutschland. Das Niveau der Lohnstückkosten liegt in Ostdeutschland nun bereits um etwa ein Fünftel über dem in Westdeutschland; somit hat sich die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft weiter spürbar verschlechtert.

Ausblick auf das vierte Quartal 1991

Im letzten Jahresviertel wird sich die gesamtwirtschaftliche Produktion weiter leicht erholen. Vor allem vom Baugewerbe werden erneut Impulse ausgehen. Hinzu kommt, daß der Handel sein Angebot immer mehr verbessert, so daß Unternehmen und private Haushalte verstärkt ihren Bedarf in Ostdeutschland decken können. Das reale Bruttoinlandsprodukt könnte dabei nur noch um etwa 5 vH unter dem Niveau vom Vorjahr liegen.

OSTDEUTSCHLAND
Ursprungswerte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1989	1990	1989				1990				1991		
			I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts													
Zu Preisen vom 2. Hj. 1990													
Arbeitsvolumen (Mill. Std.)	17 359	14 605	4 474	4 447	4 122	4 317	4 315	4 032	3 333	2 925	2 605	2 333	2 155
Beschäftigte (1000 Pers.)	9 675	8 528	9 748	9 746	9 636	9 570	9 358	8 836	8 299	7 619	7 106	6 711	6 294
Produktivität (DM)	16,37	16,73	15,64	15,93	17,24	16,74	16,34	17,19	16,19	17,27	17,56	19,92	21,53
Bruttoinlandsprodukt (Mrd. DM)	284,1	244,3	69,9	70,8	71,1	72,2	70,5	69,3	54,0	50,5	45,7	46,5	46,4
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts													
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)													
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	157,8	164,1	43,1	37,9	37,7	39,2	45,7	43,5	36,2	38,7	36,0	36,7	39,8
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	136,1	142,9	37,2	32,7	32,5	33,8	39,4	37,6	32,3	33,6	30,6	31,1	33,5
Nettolohn- u. -gehaltsumme	110,9	116,6	30,4	26,6	26,4	27,5	32,2	30,5	27,3	26,7	23,8	23,6	23,7
Bruttoeink. a. Unternehmertät. u. Verm.	71,9	54,3	13,4	19,4	19,3	19,8	14,3	13,2	12,8	14,0	8,1	9,2	10,6
Indirekte Steuern abz. Subventionen	24,1	-10,1	6,0	5,9	6,2	6,1	3,4	-1,7	-6,0	-5,8	-0,7	-0,7	-1,9
Abschreibungen	29,7	30,2	7,3	7,4	7,5	7,5	7,4	7,5	7,6	7,6	7,6	7,7	7,9
Bruttosozialprodukt	283,7	238,5	69,8	70,5	70,7	72,6	70,7	62,5	50,7	54,6	50,9	52,9	56,4
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts													
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)													
Privater Verbrauch	159,9	175,2	37,2	39,0	39,3	44,4	41,7	41,8	42,1	49,7	45,7	48,7	49,3
Staatsverbrauch	65,9	73,0	15,9	16,3	16,4	17,4	16,0	16,8	17,6	22,5	19,6	19,5	22,0
Anlageinvestitionen	50,0	48,3	11,9	13,0	12,6	12,4	11,7	12,9	10,3	13,4	12,3	15,6	18,4
Bauten	30,4	28,3	7,2	8,2	7,9	7,0	6,2	8,0	6,8	7,3	6,0	8,1	9,6
Ausrüstungen	19,7	20,0	4,7	4,9	4,7	5,4	5,4	4,9	3,5	6,1	6,2	7,5	8,8
Vorratsveränderung	16,1	-9,6	6,2	3,6	4,1	2,2	2,5	-3,2	-3,0	-5,9	7,9	5,8	2,9
Außenbeitrag	-8,3	-48,4	-1,4	-1,4	-1,6	-3,9	-1,2	-5,8	-16,3	-25,1	-34,6	-36,7	-36,2
Ausfuhr	53,8	60,8	12,4	13,9	13,6	13,9	12,9	15,2	15,4	17,3	13,3	14,2	15,6
Einfuhr	62,1	109,2	13,7	15,3	15,3	17,8	14,1	21,1	31,7	42,4	48,0	50,9	51,8
Bruttosozialprodukt	283,7	238,5	69,8	70,5	70,7	72,6	70,7	62,5	50,7	54,6	50,9	52,9	56,4
Zu Preisen vom 2. Hj. 1990 (Mrd. DM)													
Privater Verbrauch	156,3	176,0	36,4	38,2	38,5	43,2	40,9	43,4	42,6	49,1	43,1	44,9	44,7
Staatsverbrauch	71,3	74,9	17,3	17,6	17,7	18,8	17,0	17,7	18,0	22,1	18,5	18,4	19,2
Anlageinvestitionen	51,4	48,4	12,2	13,4	13,0	12,7	11,8	12,9	10,3	13,4	11,9	14,8	17,3
Bauten	31,4	28,4	7,5	8,5	8,2	7,3	6,3	8,0	6,8	7,3	5,8	7,4	8,7
Ausrüstungen	19,9	20,0	4,8	4,9	4,8	5,4	5,5	4,9	3,5	6,1	6,2	7,4	8,6
Vorratsveränderung	16,6	-4,9	6,2	3,8	4,3	2,4	2,6	1,4	-0,7	-8,2	7,9	5,9	2,4
Außenbeitrag	-13,5	-50,0	-2,6	-2,7	-2,9	-5,3	-2,2	-6,3	-16,2	-25,2	-34,6	-35,8	-35,0
Ausfuhr	49,9	59,4	11,5	12,9	12,6	12,9	12,0	14,7	15,5	17,2	13,1	13,8	15,1
Einfuhr	63,4	109,4	14,1	15,6	15,6	18,2	14,2	21,1	31,7	42,4	47,7	49,6	50,1
Bruttosozialprodukt	282,1	244,5	69,4	70,3	70,6	71,7	70,1	69,0	54,1	51,2	46,9	48,1	48,6
Preisentwicklung (2. Hj. 1990 = 100)													
Privater Verbrauch	102,3	99,5	102,1	102,0	102,1	102,9	101,9	96,4	98,6	101,2	106,1	108,5	110,4
Staatsverbrauch	92,4	97,5	92,1	92,3	92,4	92,8	94,1	95,0	97,7	101,8	105,9	106,2	114,8
Bauten	96,6	99,7	96,7	96,6	96,6	96,6	99,1	99,5	100,0	100,0	105,0	108,7	110,0
Ausrüstungen	98,6	99,6	98,6	98,5	98,5	98,8	99,1	99,5	99,6	100,3	101,1	102,0	102,6
Ausfuhr	107,9	102,4	107,9	107,9	107,9	107,9	107,8	103,3	99,3	100,6	101,3	102,7	103,4
Einfuhr	97,9	99,9	97,5	98,0	98,0	98,0	99,0	100,0	100,0	100,0	100,4	102,5	103,5
Nachrichtlich: Terms of Trade	110,2	102,5	110,7	110,1	110,1	110,0	109,0	103,4	99,3	100,6	100,9	100,3	99,9
Bruttosozialprodukt	100,5	97,6	100,5	100,3	100,3	101,1	100,9	90,5	93,7	106,7	108,5	110,0	116,0
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ¹⁾	77,3	93,5	85,7	74,4	73,8	75,4	90,2	87,3	93,4	106,6	109,4	110,0	119,3

¹⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 2. Halbjahr 1990 = 100.

Quellen: Vorläufige Schätzungen und Berechnungen des DIW unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes (für die Entstehungs- und Verwendungsseite des Bruttosozialprodukts im 2. Halbjahr 1990, die Bruttolohn- und -gehaltsumme und die Zahl der Erwerbstätigen Inländer für den Zeitraum I/1989 bis IV/1990) und der empirisch gestützten Modellrechnung des DIW.

OSTDEUTSCHLAND

Entwicklung der Ursprungswerte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1990	1990				1991		
		I	II	III	IV	I	II	III
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts Zu Preisen vom 2. Hj. 1990								
Arbeitsvolumen	-15,9	-3,5	-9,3	-19,1	-32,2	-39,6	-42,1	-35,3
Beschäftigte	-11,9	-4,0	-9,3	-13,9	-20,4	-24,1	-24,1	-24,2
Produktivität	2,2	4,5	7,9	-6,1	3,2	7,5	15,9	33,0
Bruttoinlandsprodukt	-14,0	0,8	-2,2	-24,1	-30,1	-35,1	-32,9	-14,0
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts Zu jeweiligen Preisen								
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	4,0	6,0	14,8	-4,0	-1,1	-21,3	-15,5	9,9
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	5,0	6,1	14,9	-0,5	-0,6	-22,3	-17,3	3,5
Nettolohn- u. -gehaltsumme	5,1	5,8	14,6	3,2	-2,9	-26,0	-22,7	-13,0
Bruttoeink. aus Unternehmertät. u. Verm.	-24,5	6,1	-32,0	-33,5	-29,2	-43,4	-30,1	-17,2
Indirekte Steuern abz. Subventionen								
Abschreibungen	1,4	1,1	1,1	1,5	1,9	2,4	2,8	3,5
Bruttosozialprodukt	-15,9	1,3	-11,5	-28,4	-24,7	-28,1	-15,2	11,4
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts Zu jeweiligen Preisen								
Privater Verbrauch	9,6	12,2	7,2	7,0	11,8	9,6	16,6	17,3
Staatsverbrauch	10,7	0,9	3,3	7,6	29,5	22,3	16,3	25,0
Anlageinvestitionen	-3,5	-2,3	-1,3	-18,2	8,2	5,3	21,1	78,4
Bauten	-6,7	-14,0	-2,5	-13,7	3,7	-2,7	1,4	40,5
Ausrüstungen	1,6	15,6	0,7	-25,8	14,1	14,4	53,3	152,3
Vorratsveränderung								
Außenbeitrag								
Ausfuhr	13,0	4,3	9,3	13,1	24,2	3,2	-6,9	1,0
Einfuhr	75,8	-4,0	37,6	107,8	137,8	241,1	141,4	63,4
Bruttosozialprodukt	-15,9	1,3	-11,5	-28,4	-24,7	-28,1	-15,2	11,4
Zu Preisen vom 2. Hj. 1990								
Privater Verbrauch	12,6	12,5	13,5	10,7	13,6	5,3	3,5	4,8
Staatsverbrauch	5,0	-1,2	0,4	1,7	18,0	8,6	4,0	6,4
Anlageinvestitionen	-5,7	-3,9	-3,5	-20,3	5,4	1,3	14,4	67,6
Bauten	-9,6	-16,1	-5,4	-16,6	0,2	-8,1	-7,2	27,7
Ausrüstungen	0,5	15,0	-0,3	-26,6	12,3	12,1	49,5	145,0
Vorratsveränderung								
Außenbeitrag								
Ausfuhr	19,1	4,4	14,1	22,9	33,3	9,9	-6,4	-2,9
Einfuhr	72,4	1,0	34,9	103,7	133,2	236,0	135,5	57,9
Bruttosozialprodukt	-13,3	1,0	-1,9	-23,3	-28,6	-33,2	-30,3	-10,1
Preisentwicklung (2. Hj. 1990 = 100)								
Privater Verbrauch	-2,7	-0,2	-5,5	-3,4	-1,6	4,1	12,6	11,9
Staatsverbrauch	5,5	2,1	2,9	5,8	9,8	12,6	11,8	17,5
Bauten	3,1	2,5	3,0	3,5	3,5	5,9	9,3	10,0
Ausrüstungen	1,0	0,5	1,0	1,0	1,5	2,0	2,5	3,0
Ausfuhr	-5,1	-0,1	-4,2	-7,9	-6,8	-6,0	-0,6	4,1
Einfuhr	2,0	1,5	2,0	2,0	2,0	1,5	2,5	3,5
Nachrichtlich: Terms of Trade	-6,9	-1,6	-6,1	-9,7	-8,6	-7,4	-3,0	0,5
Bruttosozialprodukt	-3,0	0,3	-9,8	-6,6	5,5	7,6	21,6	23,9
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	20,9	5,2	17,3	26,5	41,4	21,3	25,9	27,8

¹⁾ Veränderung in vH gegenüber Vorjahr. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 2. Halbjahr 1990 = 100.

Quellen: Vorläufige Schätzungen und Berechnungen des DIW unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes (für die Entstehungs- und Verwendungsseite des Bruttosozialprodukts im 2. Halbjahr 1990, die Bruttolohn- und -gehaltsumme und die Zahl der erwerbstätigen Inländer für den Zeitraum I/1989 bis IV/1990) und der empirisch gestützten Modellrechnung des DIW.

Exporte steigen wieder

Zur Entwicklung des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland im dritten Quartal 1991

Die Warenausfuhr der Bundesrepublik Deutschland hat nach rückläufiger Entwicklung im ersten Halbjahr 1991 im dritten Quartal saisonbereinigt kräftig zugenommen: Sowohl in Westdeutschland als auch — überraschenderweise — in Ostdeutschland¹ sind die Exporte gestiegen; vermutlich haben zu dieser positiven Entwicklung in Ostdeutschland umfangreiche, durch Bundesbürgschaften abgesicherte Lieferungen in die Sowjetunion beigetragen. Das Vorjahrsniveau wurde insgesamt jedoch um die Hälfte unterschritten. In Westdeutschland zeigt die langsame Zunahme der Exportquote (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) einiger Branchen, daß Auslandsmärkte stärker als der Binnenmarkt beliefert worden sind. Dabei spielte auch die allmähliche konjunkturelle Erholung in den USA und in der EG eine Rolle, die Ausfuhren dorthin haben im Berichtsquartal zugenommen. Die Entwicklung des

Auftragseingangs deutet indes noch nicht darauf hin, daß sich die Exporte Westdeutschlands schon in nächster Zeit durchgreifend beleben werden.

Die Wareneinfuhr ist dagegen im Berichtsquartal nur wenig gestiegen; den Ausschlag gab die schwache Entwicklung der Einfuhr Westdeutschlands. Die kräftige Erhöhung der Importe Ostdeutschlands fiel demgegenüber wenig ins Gewicht.

Der Exportüberschuß in der Warenbilanz ist — ein Jahr nach Beginn der Währungsunion — nicht mehr gesunken; im dritten Quartal wurde ein Überschuß von 3 Mrd. DM erzielt (vgl. Tabelle 1). Dagegen ist das Defizit im Dienstlei-

¹ Für Ostdeutschland sind Daten über den Außenhandel insgesamt bis August 1991 verfügbar; Detaildaten liegen nur bis Juni 1991 vor.

Tabelle 1

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND Leistungsbilanz Ursprungswerte

	1990				1991			1990		1991		
	I	II	III	IV	I	II	III	III	IV	I	II	III
	Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)							Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH				
Ausfuhr	228,6	220,6	216,7	230,3	222,4	218,9	223,0	1,0	1,9	-2,7	-0,8	2,9
Waren ¹⁾	177,4	169,2	161,2	173,2	165,8	162,3	163,7	-2,1	-1,5	-6,5	-4,1	1,6
Westdeutschland	169,0	158,8	151,9	163,2	160,8	158,8	159,1	-1,6	-1,4	-4,9	0,0	4,7
Ostdeutschland	8,4	10,4	9,3	10,0	5,0	3,4	4,6	-9,7	-3,8	-40,3	-66,9	-50,5
Dienstleistungen ²⁾	51,2	51,4	55,5	57,1	56,6	56,6	59,3	11,2	14,2	10,5	10,1	6,8
Westdeutschland	50,6	50,7	55,0	56,2	55,4	55,4	57,8	11,8	14,0	9,5	9,3	5,1
Ostdeutschland	0,6	0,7	0,5	0,9	1,2	1,2	1,5	-28,6	28,6	100,0	71,4	200,0
Einfuhr	188,0	191,7	193,2	207,6	210,0	221,1	224,4	5,9	8,9	11,7	15,3	16,1
Waren ¹⁾	139,6	140,1	135,7	157,9	159,0	164,1	160,7	3,8	8,3	13,9	17,1	18,4
Westdeutschland	132,0	130,9	132,7	154,9	155,8	161,4	157,2	10,5	14,5	18,0	23,3	18,5
Ostdeutschland	7,6	9,2	3,0	3,0	3,2	2,6	3,5	-71,7	-71,4	-57,9	-71,4	16,7
Dienstleistungen ²⁾	48,4	51,6	57,5	49,7	51,0	57,0	63,7	11,0	10,9	5,4	10,5	10,8
Westdeutschland	47,6	50,8	56,7	49,1	50,3	56,3	62,8	10,3	10,6	5,7	10,8	10,8
Ostdeutschland	0,8	0,8	0,8	0,6	0,7	0,7	0,9	100,0	50,0	-12,5	-12,5	12,5
Salden:												
Waren	37,8	29,1	25,5	15,3	6,8	-1,8	3,0					
Erg. zum Warenv. ³⁾	-0,4	-0,8	0,3	0,2	0,6	1,9	0,4					
Dienstleistungen	2,8	-0,2	-2,0	7,4	5,6	-0,4	-4,4					
Übertragungen ³⁾	-7,9	-9,0	-8,7	-9,9	-22,3	-10,5	-11,5					
Leistungsbilanz	32,3	19,1	15,1	13,0	-9,3	-10,8	-12,5					
saisonbereinigt ⁴⁾	29,7	19,1	20,1	8,3	-10,6	-9,8	-8,5					

¹⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik. — ²⁾ Angaben für Westdeutschland nach der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank; ohne die in der Einfuhr enthaltenen Fracht- und Versicherungskosten. — ³⁾ Gemäß Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank; bis zum zweiten Quartal 1990 Angaben nur für Westdeutschland. — ⁴⁾ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank; vom dritten Quartal 1990 an einschließlich Ostdeutschland.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Tabelle 2

WESTDEUTSCHLAND
Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Diensten
 Ursprungswerte

	1990		1991			1991		
	III	IV	I	II	III	I	II	III
	Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
Ausfuhr								
Waren ¹⁾	160,5	176,2	178,8	182,1	182,2	9,4	14,5	13,6
Ausland ²⁾	151,9	163,2	160,8	158,8	159,1	-4,9	0,0	4,7
Ostdeutschland ¹⁾	15,8	23,0	28,0	33,0	33,1	1106,9	366,8	110,3
Dienstleistungen ¹⁾	56,7	63,2	64,8	64,2	65,8	38,6	36,7	16,0
Ostdeutschland	9,6	14,3	15,1	13,5	13,3	738,9	612,1	38,0
Einfuhr								
Waren ¹⁾	125,5	146,2	146,6	152,8	148,3	17,7	22,1	18,2
Ausland ²⁾	132,7	154,9	155,8	161,4	157,2	18,0	23,3	18,5
Ostdeutschland ¹⁾	2,5	2,6	2,5	3,5	2,9	45,3	66,7	16,0
Dienstleistungen ¹⁾	55,4	47,3	49,6	55,6	63,6	8,6	13,7	14,8
Ostdeutschland	2,3	3,1	3,8	5,2	5,8	195,3	299,2	149,4

¹⁾ In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — ²⁾ Spezialhandel.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des DIW.

stungsverkehr hauptsächlich wegen rückläufiger Einnahmen in der Kapitalertragsbilanz saisonbereinigt leicht gestiegen. In der Übertragungsbilanz hat sich der Ausgabenüberschuß ebenfalls erhöht. Insgesamt hat sich das Defizit in der Leistungsbilanz saisonbereinigt jedoch weiter verringert. In den ersten neun Monaten dieses Jahres errechnet sich ein Minus von rund 33 Mrd. DM; im entsprechenden Vorjahrszeitraum wurde noch ein Überschuß von 66,5 Mrd. DM erzielt. Mit einer nennenswerten Verringerung des Defizits der Leistungsbilanz ist in den kommenden Monaten jedoch nicht zu rechnen.

Westdeutschland:

Anhaltend hohe Transfers nach Ostdeutschland²

Die umfangreichen Lieferungen von Waren und Dienstleistungen nach Ostdeutschland haben auch im Berichtsquartal die westdeutsche Leistungsbilanz bestimmt. Allerdings hat der Nachfragesog aus Ostdeutschland deutlich nachgelassen; die Lieferungen, die im innerdeutschen Warenverkehr nachgewiesen werden, sind nur noch langsam gestiegen. Insgesamt haben die Ausfuhr nach Ostdeutschland auf dem im zweiten Quartal erreichten hohen Niveau stagniert (vgl. Tabelle 2).

Der Anstieg der preis- und saisonbereinigten Warenausfuhr im Berichtsquartal um reichlich 1 vH gegenüber dem zweiten Quartal beruht auf vermehrten Lieferungen ins Ausland.

Bei stagnierenden realen Warenimporten — wobei auch

die Bezüge aus Ostdeutschland schwach waren — ist der Überschuß in der Warenbilanz merklich ausgeweitet worden. Im Dienstleistungsverkehr haben neben den geringeren Käufen ostdeutscher Haushalte und Unternehmen in Westdeutschland vor allem die schrumpfenden Überschüsse in der Kapitalertragsbilanz zu einer weiter rückläufigen Entwicklung der Überschußposition beigetragen. Das traditionelle Defizit in der Übertragungsbilanz hat sich hauptsächlich wegen der Verrechnung von Leistungen an Ostdeutschland deutlich erhöht. Insgesamt war der Überschuß in der Leistungsbilanz im Berichtsquartal saisonbereinigt mit rund 7 Mrd. DM nicht einmal halb so hoch wie im Vorquartal (vgl. Tabelle 3).

Erhöhung der Exporte in die EG-Länder³

Die Zunahme der Ausfuhr Westdeutschlands im dritten Quartal beruht zur Hälfte auf höheren Lieferungen in die EG-Länder (vgl. Tabelle 4). Besonders die Ausfuhr nach Frankreich und Großbritannien expandierten kräftig. Auch in die EFTA-Länder Schweden und Schweiz war die Erhö-

² Analysiert werden in diesem Bericht über Westdeutschland saison- und arbeitstäglich bereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV4) vorgenommen. Einbezogen ist der Leistungsbilanzverkehr mit den neuen Bundesländern, der in der konsolidierten Bilanz für die gesamte Bundesrepublik herausfällt.

³ Die Detailangaben für das dritte Quartal basieren auf den Daten für Juli und August.

Tabelle 3

WESTDEUTSCHLAND
Leistungsbilanz
In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	Ursprungswerte								Saison- ¹⁾ und arbeitstäglich bereinigte Werte				
	1988	1989	1990	1990		1991			1990		1991		
				III	IV	I	II	III	III	IV	I	II	III
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)													
Ausfuhr	687,9	787,9	872,9	217,2	239,4	243,6	246,3	248,0	222,7	236,0	243,6	249,6	251,5
Waren	548,0	616,4	659,3	160,5	176,2	178,8	182,1	182,2	166,5	174,2	178,1	183,0	186,5
Dienste	139,9	171,6	213,6	56,7	63,2	64,8	64,2	65,8	56,2	61,9	65,5	66,7	65,1
Einfuhr	566,1	643,2	718,7	180,9	193,6	196,2	208,4	211,9	182,4	193,3	199,9	207,8	211,5
Waren	411,8	475,4	521,4	125,5	146,2	146,6	152,8	148,3	132,6	141,7	147,6	152,7	154,4
Dienste	154,4	167,9	197,3	55,4	47,3	49,6	55,6	63,6	49,8	51,7	52,3	55,1	57,2
Salden:													
Waren und Dienste (Außenbeitrag)	121,7	144,7	154,2	36,4	45,9	47,4	38,0	36,1	40,3	42,7	43,7	41,8	40,0
Waren	136,3	141,0	137,9	35,1	30,0	32,2	29,3	33,9	33,9	32,5	30,5	30,2	32,1
Dienste	-14,5	3,7	16,3	1,3	15,9	15,1	8,6	2,2	6,4	10,2	13,2	11,6	7,9
Übertragungen ²⁾	-35,4	-39,6	-84,0	-26,2	-36,2	-65,2	-25,9	-33,3	-26,2	-36,2	-65,2	-25,9	-33,3
Leistungsbilanz ³⁾ (Finanzierungssaldo)	86,3	105,1	70,2	10,2	9,7	-17,8	12,1	2,8	14,1	6,5	-21,5	15,9	6,7
Veränderung ⁴⁾ in vH													
	Vorjahr					Vorquartal							
Ausfuhr	7,9	14,6	10,8	12,4	16,5	15,9	19,5	14,2	6,0	6,0	3,2	2,6	0,7
Waren	8,1	12,5	7,0	7,4	10,5	9,4	14,5	13,6	3,5	4,6	2,2	2,9	1,9
Dienste	7,0	22,7	24,5	29,5	37,1	38,6	36,8	16,0	14,0	10,1	5,9	2,0	-2,5
Einfuhr	7,8	13,6	11,7	12,2	15,7	15,3	19,8	17,2	4,6	6,0	3,4	4,1	1,8
Waren	7,3	15,4	9,7	10,8	15,2	17,7	22,1	18,2	5,6	6,9	4,2	3,6	1,1
Dienste	9,4	8,7	17,6	15,4	17,4	8,6	13,7	14,8	2,0	3,7	1,3	5,4	3,8
¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV 4). — ²⁾ Saldo zwischen Einnahmen und Ausgaben; nicht saisonbereinigt. — ³⁾ Außenbeitrag und Saldo der Übertragungen. — ⁴⁾ Berechnet auf der Basis ungerundeter Daten. <i>Quellen:</i> Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des DIW. Abweichungen in den Differenzen und Summen sind durch Rundung der Zahlen bedingt.													

hung der Exporte bemerkenswert stark. Bei den Exporten in die USA, die seit dem Frühsommer 1990 abwärtsgerichtet waren, zeichnet sich offenbar eine Trendumkehr ab, die Lieferungen sind im Berichtszeitraum merklich gestiegen. Dazu hat auch der im Vergleich zum Jahresbeginn höher bewertete Dollar beigetragen.

Die Ausfuhr nach Japan haben erstmals im Laufe dieses Jahres wieder zugenommen; allerdings liegen sie weiterhin unter dem Vorjahresniveau. Seit Beendigung des Golfkrieges sind die Ausfuhr in die OPEC-Länder erheblich ausgeweitet worden, im Berichtszeitraum hat sich das Tempo sogar beschleunigt. Die Ausfuhr in die Entwicklungsländer (ohne OPEC) sind ebenfalls gestiegen, dabei hat die Nachfrage der dynamischen Schwellenländer im

Fernen Osten bestimmend gewirkt. Bei den höheren Lieferungen in die osteuropäischen Länder hat der vermehrte Absatz in Polen, Ungarn und der CSFR eine Rolle gespielt; die Lieferungen in die Sowjetunion sind dagegen gesunken.

Die Exporte sind in allen wichtigen Gütergruppen gestiegen. In noch stärkerem Umfang als Investitionsgüter konnten Verbrauchsgüter ins Ausland geliefert werden. Hier handelte es sich vor allem um Textilien und Bekleidung sowie Personenkraftwagen, bei den Investitionsgütern um Lastkraftwagen und elektrotechnische Güter. Dagegen konnten die Ausfuhr von Maschinenbauerzeugnissen nur in geringem Maße erhöht werden.

Tabelle 4

WESTDEUTSCHLAND
Außenhandel nach Ländergruppen und Ländern¹⁾
saisonbereinigte Werte

		1990				1991			1991			nachrichtlich: Ursprungswerte 1991			
		I	II	III	IV	I	II	III	I	II	III	I	II	III	
		Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)								Veränderung in vH gegenüber dem Vorquartal Vorjahr					
Alle Länder	Ausfuhr	164,21	159,61	160,24	160,80	159,57	157,24	165,00	-0,8	-1,5	4,9	-4,9	0,0	4,8	
	Einfuhr	132,03	130,94	132,72	154,93	155,83	161,44	161,60	0,6	3,6	0,1	18,0	23,3	18,4	
	Saldo	32,18	28,67	27,52	5,87	3,74	-4,20	3,40							
EG-Länder	Ausfuhr	88,62	85,84	88,31	89,83	89,41	87,42	91,10	-0,5	-2,2	4,2	-2,2	2,4	5,3	
	Einfuhr	66,81	67,11	73,52	81,04	84,62	85,54	82,30	4,4	1,1	-3,8	23,1	25,7	17,5	
	Saldo	21,81	18,73	14,79	8,79	4,79	1,88	8,80							
EFTA-Länder	Ausfuhr	26,60	26,43	26,21	26,06	26,31	24,91	26,60	1,0	-5,3	6,8	-2,9	-4,2	3,1	
	Einfuhr	17,64	17,95	18,94	19,96	20,51	20,49	20,30	2,8	-0,1	-0,9	13,9	14,9	9,1	
	Saldo	8,96	8,48	7,27	6,10	5,80	4,42	6,30							
USA	Ausfuhr	12,51	11,91	11,73	10,99	10,13	9,82	10,90	-7,8	-3,1	11,0	-20,8	-15,1	-12,8	
	Einfuhr	9,39	9,25	9,36	9,13	9,93	11,05	11,60	8,8	11,3	5,0	2,3	20,7	29,7	
	Saldo	3,12	2,66	2,37	1,86	0,20	-1,23	-0,70							
Japan	Ausfuhr	4,56	4,26	4,17	4,50	3,97	3,85	4,00	-11,8	-3,0	3,9	-13,5	-8,4	-3,8	
	Einfuhr	8,08	7,90	8,43	8,56	9,44	10,36	10,40	10,3	9,7	0,4	14,8	32,2	22,7	
	Saldo	-3,52	-3,64	-4,26	-4,06	-5,47	-6,51	-6,40							
OPEC-Länder	Ausfuhr	4,59	4,41	4,58	4,67	4,46	4,68	5,50	-4,5	4,9	17,5	-5,0	8,5	14,2	
	Einfuhr	3,34	3,07	3,49	4,12	3,60	4,00	3,90	-12,6	11,1	-2,5	3,9	32,8	17,4	
	Saldo	1,25	1,34	1,09	0,55	0,86	0,68	1,60							
Entwicklungs- länder (ohne OPEC-Länder)	Ausfuhr	12,36	11,47	11,39	11,72	11,57	12,06	12,90	-1,3	4,2	7,0	-11,6	7,8	16,4	
	Einfuhr	12,69	12,66	13,01	13,83	14,43	14,82	14,70	4,3	2,7	-0,8	11,8	18,7	15,7	
	Saldo	-0,33	-1,19	-1,62	-2,11	-2,86	-2,76	-1,80							
Staatshandels- länder	Ausfuhr	7,32	6,82	6,85	6,60	7,09	7,28	7,40	7,4	2,7	1,6	-4,7	8,4	7,8	
	Einfuhr	6,74	7,13	7,53	8,29	8,92	9,27	9,50	7,6	3,9	2,5	30,0	32,1	29,9	
	Saldo	0,58	-0,31	-0,68	-1,69	-1,83	-1,99	-2,10							

¹⁾ Spezialhandel. — Hinweis: Für die Länder und Ländergruppen sind bisher nur Daten bis August 1991 verfügbar; die Angaben für das dritte Quartal 1991 basieren auf den Daten von Juli und August.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

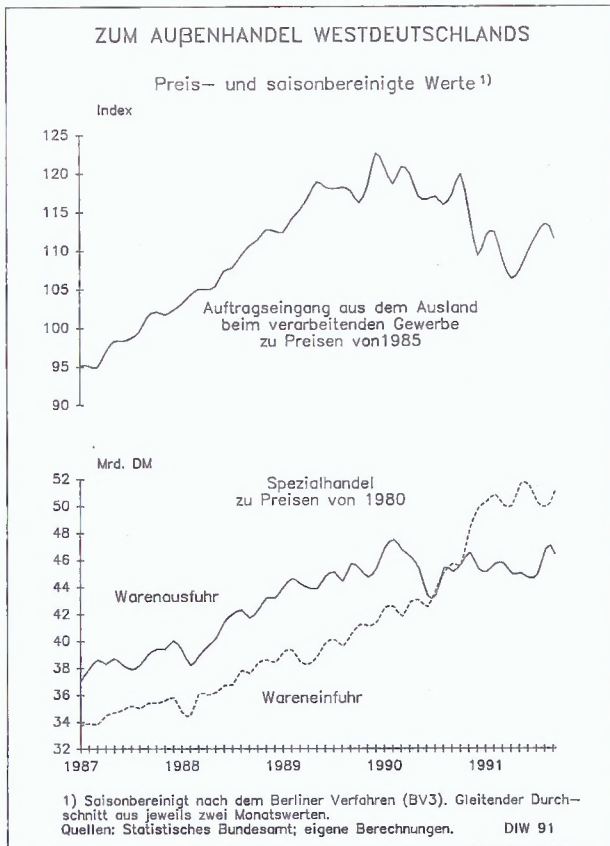
Gedämpfte Importentwicklung⁴

Die Wachstumsrate der realen Wareneinfuhr hat sich im Laufe des Jahres von Quartal zu Quartal verringert; das gilt vor allem für die Einfuhr von Fertigwaren-Enderzeugnissen, deren Anteil an der Wareneinfuhr über die Hälfte beträgt. Dabei sind insbesondere Verbrauchsgüter in geringerem Maße als im Vorquartal importiert worden. Diese Entwicklung steht im Einklang mit der verhaltenen Entwicklung des privaten Verbrauchs in Westdeutschland. Auch die Einfuhren von industriellen Vorprodukten (ohne Erdöl- und Mineralölzeugnisse) haben nur noch geringfügig zugenommen. Bemerkenswert kräftig sind die Einfuhren von Energieträgern (Erdöl- und Erdöl-

produkte) nach der Anhebung der Steuersätze für diese Produkte gesunken.

Von der schwachen Importnachfrage nach Enderzeugnissen waren vor allem die EG-Länder — insbesondere Frankreich, die Niederlande und Spanien — betroffen. Die Bezüge aus den USA und Japan haben sich dagegen auf dem erreichten hohen Niveau gehalten; im Warenaustausch mit den USA wird weiterhin ein Importüberschuß ausgewiesen. Deutlich verlangsamt hat sich der Anstieg der Einfuhren aus den osteuropäischen Ländern; das Niveau vom Vorjahr wurde allerdings noch um 30 vH übertroffen.

⁴ Vgl. Fußnote 2.



Ausblick

Der reale Auftragseingang aus dem Ausland beim gesamten verarbeitenden Gewerbe ist im August/September 1991 nur wenig niedriger gewesen als in den vorangegangenen beiden Monaten. Gemäß dem Ifo-Konjunkturtest hat sich der negative Saldo bei den Exporterwartungen im August/September vor allem im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe deutlich verringert. Das bedeutet aber nicht, daß sich die Erholung der Exporte verstärkt fortsetzen wird. Nimmt man den immer wieder stockenden konjunkturellen Erholungsprozeß in den USA sowie die unveränderte restriktive Geldpolitik in den meisten westeuropäischen Industrieländern mit ins Bild, dann sind nachhaltige Impulse, die auf eine Verbesserung der Auslandsnachfrage deuten könnten, noch nicht zu erkennen. Hinzu kommt, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure bei kräftig steigenden Lohnstückkosten und einer sich daraus ergebenden tendenziellen realen Aufwertung der D-Mark gegenüber wichtigen Industrieländern derzeit verschlechtert. Für die kommenden Monate ist daher allenfalls mit einer langsamen Zunahme der deutschen Exporte zu rechnen.

Die reale Wareneinfuhr wird wohl ebenfalls nur verhalten steigen. Vom privaten Verbrauch und der Nachfrage nach Investitionsgütern sind nur geringe Anregungen zu erwarten. Auch industrielle Vorprodukte werden bei der schwachen Industrieproduktion nur in geringem Umfang importiert.

Ostdeutschland: Exportrückgang kommt zum Stillstand

Die für Juli/August⁵ 1991 vorliegenden Daten über den Außenhandel Ostdeutschlands (ohne den innerdeutschen Warenverkehr) lassen beim Export eine deutliche Zunahme gegenüber dem Vorquartal erkennen. Die Frage, ob damit der seit Beginn der Währungsunion zu beobachtende Einbruch bei den Exporten beendet ist, läßt sich noch nicht beantworten. Im verarbeitenden Gewerbe sind im ersten Halbjahr 1991 einige Großaufträge kontrahiert worden. Die Zunahme der Exporte im Berichtsquartal könnte mit der Abwicklung dieser Aufträge zusammenhängen. Vieles spricht dafür, daß sich der Handel mit den ehemaligen RGW-Ländern — diese hatten im zweiten Quartal immerhin noch einen Anteil von knapp zwei Dritteln am gesamten Export Ostdeutschlands — auf dem im Frühsommer erreichten niedrigen Niveau vorübergehend⁶ stabilisiert hat. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, daß der hohe Exportüberschuß, wie er noch bei der Verrechnung der Lieferungen auf Basis des Transferrubels erzielt wurde, inzwischen stark abgebaut worden ist. Bei den Lieferungen im innerdeutschen Warenverkehr hat sich die langsame Aufwärtsentwicklung fortgesetzt.

Die Einfuhr Ostdeutschlands (ohne innerdeutschen Warenverkehr) hat im Juli/August ebenfalls merklich zugenommen und übertraf sogar das Niveau vom Vorjahresquartal. Allerdings ist auch bei der Einfuhr die Bedeutung der ehemaligen RGW-Länder nach wie vor hoch; im zweiten Quartal 1991 betrug deren Anteil 62 vH (1989: 67 vH). Wenn auch die osteuropäischen Länder traditionelle Handelspartner Ostdeutschlands bleiben werden, wird ihr Gewicht in Zukunft doch deutlich niedriger sein; schließlich haben die osteuropäischen Länder am Außenhandelsumsatz Westdeutschlands nur einen Anteil von rund 4 vH.

⁵ Die beiden Monatswerte wurden auf Quartalsbasis umgerechnet.

⁶ Den ostdeutschen Firmen wird noch bis zum Jahresende 1991 eine hundertprozentige Kreditfinanzierung ihrer Exporte in die UdSSR über Hermes-Bürgschaften eingeräumt.

Tabelle 5

OSTDEUTSCHLAND
Außenhandel nach Ländergruppen¹⁾
Ursprungswerte

		1985-1988	1989	1990	1990				1991		1991		
					I	II	III	IV	I	II	I	II	
		Zu jeweiligen Preisen (Mill. DM)										Veränderung gegen- über dem Vorjahr in vH	
Industrialisierte westliche Länder	Ausfuhr	7 211	6 914	5 105	1 175	1 694	1 089	1 147	1 159	1 000	-1,4	-41,0	
	Einfuhr	8 438	9 257	5 660	1 651	2 260	831	917	828	902	-49,8	-60,1	
	Saldo	-1 227	-2 343	-555	-476	-566	258	230	331	98			
EG-Mitgliedsländer	Ausfuhr	3 417	3 508	2 931	648	891	633	759	754	668	16,4	-25,0	
	Einfuhr	3 650	4 274	2 678	722	948	460	548	511	550	-29,2	-42,0	
	Saldo	-233	-766	253	-74	-57	173	211	243	118			
Andere europäische und außereuro- päische Länder	Ausfuhr	3 794	3 406	2 174	527	803	456	388	405	332	-23,1	-58,7	
	Einfuhr	4 788	4 983	2 982	929	1312	371	369	317	352	-65,9	-73,2	
	Saldo	-994	-1 577	-808	-402	-509	85	19	88	-20			
Staatshandelsländer	Ausfuhr	29 726	29 834	30 486	6 619	7 747	7 797	8 324	3 477	2 161	-47,5	-72,1	
	Einfuhr	28 766	27 672	15 403	5 325	6 170	2 044	1 864	2 125	1 628	-60,1	-73,6	
	Saldo	960	2162	15 083	1 294	1 577	5 753	6 460	1 352	533			
OPEC-Länder	Ausfuhr	700	341	370	86	127	33	124	85	47	-1,2	-63,0	
	Einfuhr	348	284	85	25	47	7	7	74	21	196,0	-55,3	
	Saldo	352	57	285	61	80	26	117	11	26			
Sonstige Länder	Ausfuhr	4 164	4 016	2 109	558	804	365	382	317	222	-43,2	-72,4	
	Einfuhr	4 502	3 928	1 704	641	696	148	219	194	75	-69,7	-89,2	
	Saldo	-338	88	405	-83	108	217	163	123	147			
Alle Länder	Ausfuhr	41 801	41 105	38 071	8 438	10 372	9 284	9 977	5 038	3 430	-40,3	-66,9	
	Einfuhr	42 054	41 141	22 852	7 642	9 173	3 030	3 007	3 221	2 626	-57,9	-71,4	
	Saldo	-253	-36	15 219	796	1 199	6 254	6 970	1 817	804			

¹⁾ Spezialhandel.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Pflegeversicherung — Einbeziehung in die Krankenversicherungen mit allgemeiner Versicherungs- und Kontrahierungspflicht

Die öffentliche Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland über die Gestaltung einer Pflegeversicherung läßt keinen Zweifel daran, daß eine allgemeine Versicherungspflicht notwendig ist. Noch steht die Alternative „private oder Sozial-Versicherung“ im Streit der Fraktionen des Bundestages. Da Pflegebedürftigkeit und Krankheit häufig zusammenhängen, wäre es aber einzig angemessen, die Pflegeabsicherung in das bestehende System privater und sozialer Krankenversicherungen aufzunehmen.

Eine notwendige menschenwürdige Pflege im Alter kostet mehr, als bisher dafür aufgewandt wird. Es ist damit zugleich die Verantwortung der Tarifparteien gefordert.

Eine Pflegeversicherung mit einem an den Prinzipien der Humanität und der Vorsorge orientierten Leistungsangebot ist auf jeden Fall der beste Weg, die für diese Leistungen erforderlichen finanziellen Mittel aufzubringen und dem „Pflegernotstand“ durch knappheitsgerechte Bezahlung entgegenzuwirken.

Allgemeine Versicherungspflicht und Kontrahierungszwang

Die Diskussion darüber, ob es eine Pflicht- oder eine freiwillige Versicherung geben sollte, ist praktisch abgeschlossen. Eine allgemeine Versicherungspflicht wird weitgehend anerkannt. Die Tatsache, daß etwa 70 vH der in Pflegeheimen lebenden Menschen von der Sozialhilfe abhängig sind¹, immer mehr Menschen professionelle Hilfen brauchen und das Risiko einer Pflegebedürftigkeit mit dem Altern der Bevölkerung zunimmt, unterstreicht die Notwendigkeit einer obligatorischen Vorsorge. Eine staatlich organisierte Vorsorge wäre zwar im Prinzip auch auf der Basis eines „Leistungsgesetzes“ mit Steuerfinanzierung möglich. Aber es wird allgemein angenommen, daß die Finanzierung im Rahmen einer Versicherung mit Beitragszahlungen besser gewährleistet ist.

Es ist bekannt — und wird in der Diskussion um die Pflegeversicherung auch nahezu einhellig anerkannt —, daß „chronische Krankheit“ und „Pflegerisiko“ kaum voneinander abzugrenzen sind. Wenn beide Risiken für sich versichert würden, wäre die Zuständigkeit häufig nicht geklärt, und der Streit darüber, wer die Kosten zu tragen hat, würde vermutlich nicht selten zu Lasten der Versicherten gehen. Deshalb wäre es optimal, wenn der Leistungskatalog der Krankenversicherungen um die volle Absicherung der Pflege ausgeweitet werden würde. Das bestehende „gegliederte“ System der privaten und gesetzlichen Krankenkassen bliebe dann unverändert.

Damit die „schlechten“ Risiken nicht abgewälzt werden, ist per Gesetz jede Krankenversicherung zu verpflichten, ihre Versicherten auch gegen das Pflegerisiko abzusichern („Kontrahierungszwang“). Beamte könnten der Versicherungspflicht im Rahmen ihrer bestehenden Krankenversicherungen nachkommen. Fast alle Selbständigen wären ebenfalls — meist im Rahmen ihrer privaten Krankenversicherung — versichert.

Der Versicherungsschutz muß im Prinzip für alle wohnberechtigten Bürger gelten, selbstverständlich auch für

Kinder. Denn gerade Familien mit pflegebedürftigen Kindern sind auf professionelle Unterstützung und Entlastung besonders angewiesen. Die Pflicht zur Beitragszahlung muß mit der Erwerbstätigkeit beginnen oder von einer pauschalen Altersgrenze an (vorgeschlagen wird beispielsweise das 25. Lebensjahr) und sollte die eigenständige Versicherung jeder Person vorsehen. Eine „Mitversicherung“ von Hausfrauen paßt nicht mehr in die gesellschaftliche Landschaft; die politischen Verantwortlichen wollen bekanntlich in der gesetzlichen Rentenversicherung die vom Ehemann „abgeleitete“ Mitversicherung von Frauen langfristig abschaffen. Bei einer privatwirtschaftlichen Absicherung ist eine personenbezogene, eigenständige Versicherung ohnehin selbstverständlich.

Freilich wäre es im Rahmen der bestehenden Versicherungen am einfachsten, das Pflegerisiko jeweils so zu finanzieren, wie es bei der jeweiligen Krankenversicherung üblich ist. Wenn Kinder mitversichert werden, so schlägt sich dies selbstverständlich in höheren Beiträgen nieder, die auch die Familien mit geringem Einkommen belasten würden. Der Staat kann dies in pauschaler Weise durch eine entsprechende Erhöhung des Kindergeldes ausgleichen.

Kapitaldeckung oder Umlagefinanzierung?

Die hier vorgeschlagene Mischung privatwirtschaftlicher und sozialer Versicherungsprinzipien sollte es auch ermöglichen, die gegenwärtig sehr umstrittene Frage der Finanzierungsform einer Pflegeabsicherung nüchtern abzuwägen. In der öffentlichen Diskussion werden die grundsätzlichen Gegensätze zwischen Kapitaldeckung künftiger Versicherungsleistungen und einer Umlagefinanzierung stark betont, während die praktischen Unterschiede weit geringer sind.

¹ Vgl. Bundesministerium für Familie und Senioren (Hrsg.): Pflegebedürftige in Heimen. Pressemitteilung vom 29.8.1991, S. 2.

Die Leistungen für die heutige Generation von Pflegebedürftigen können, unabhängig davon, ob die privat- oder sozialversicherungsrechtliche Form gewählt wird, nur im Umlageverfahren finanziert werden. Dies wäre auch bei einer Kapitaldeckung künftiger Versicherungsleistungen notwendig. Deswegen haben die Befürworter der privaten Versicherung inzwischen einen „Solidaritätsfonds“ vorgeschlagen, der die Kosten der heute Pflegebedürftigen abdecken soll. Dieser Fonds ist nichts anderes als eine Umlagefinanzierung in einem neuen Gewande.

Ferner führt eine Kapitaldeckung in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung zu Doppelbelastungen: Neben den Aufwendungen für die Altlasten sind künftige Aufwendungen über Beiträge vorzufinanzieren. Dabei geht es nicht nur um die derzeitigen Aufwendungen für Pflegefälle in der Sozialhilfe, sondern auch um konkrete Belastungen in vielen Familien, die in nicht vertretbarer Weise vergrößert würden, wenn Beitragszahlungen für die eigene Vorsorge noch hinzukämen.

Als Problem des Umlageverfahrens wird häufig angeführt, daß es künftige Generationen zu stark belasten würde, da aufgrund der bundesdeutschen Bevölkerungsentwicklung immer weniger Beitragszahler immer mehr Leistungsempfänger zu finanzieren hätten. Bei dieser Argumentation wird jedoch zweierlei übersehen: Einmal wird auch in den nächsten Jahrzehnten die weiterhin steigende Frauenerwerbstätigkeit die Finanzierung von Umlageversicherungen erleichtern, zum anderen wird aufgrund von Einwanderungen eine Alterung der Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland nicht in dem Maße eintreten, wie sie in den letzten Jahren prognostiziert wurde.

Wenn man gleichwohl eine stärkere volkswirtschaftliche Kapitalbildung für wünschenswert hält, dann gibt es Instrumente, die effektiver einsetzbar sind als die Pflegeversicherung. Sparförderung ist ein Beispiel. Da die Pflegekosten genauso wie die Kosten des Gesundheitswesens im allgemeinen langfristig schwer vorhersehbar sind, ist die Kalkulation des notwendigen Deckungskapitals sehr schwierig. Deswegen arbeiten „Schadensversicherungen“ normalerweise auch im Umlageverfahren². Wenn man eine stärkere volkswirtschaftliche Vermögensbildung auch durch mehr Kapitaldeckung in der sozialen Sicherung erreichen will, dann ist nur die freiwillige private bzw. betriebliche Altersvorsorge geeignet, wo das Sparelement die entscheidende Rolle spielt³. Aus diesen kapitalgedeckten Rententeilen könnte man gegebenenfalls auch höhere Beiträge zur Pflegeversicherung zahlen, falls die Kosten steigen und/oder die demographische Entwicklung sehr ungünstig verläuft. Wenn sich hingegen die Kosten der Pflege günstiger entwickeln als angenommen, dann hätten die Versicherten das zur Vorsorge Ersparte zur freien Verfügung. Ein hoher Kapitalstock einer Pflegeversicherung wäre aber immer der Gefahr ausgesetzt, daß er Kostensteigerungen induziert⁴, so daß dort nicht mit Rückerstattungen zu rechnen wäre.

Überbetonung der Lohnnebenkosten

Die Befürworter einer rein privatwirtschaftlichen Versicherung des Pflegerisikos argumentieren, daß bei dieser Versicherungsform die Lohnnebenkosten nicht steigen würden. Sie greifen damit ein formales Kriterium auf und unterstellen höhere Lohnkosten, wenn die gesetzlichen Sozialbeiträge steigen. Eigentlich sollten Beiträge, die alle — auch Selbständige und Rentner — zusätzlich zu zahlen haben, nicht zu Verteilungskämpfen führen. Wenn sie aber in die Tarifverhandlungen eingebracht werden, dann sicherlich mit dem Argument, daß vermehrt Pflichtbeiträge zu leisten sind. Entscheidend ist jedoch, wie die Lohnkosten tangiert werden und nicht, wo sich Beiträge in den Lohnkomponenten niederschlagen.

Zunächst aber gilt es, für den Pflegebereich einen Leistungskatalog abzugrenzen und Kosten zu bestimmen. Entfällt die bisherige Steuerfinanzierung der Pflege über die Sozialhilfe, weil — wie hier vorgeschlagen — gesetzliche und private Krankenkassen die Aufwendungen decken, dann entsteht ebenfalls ein Verteilungskonflikt. Es ist vermutlich nicht damit zu rechnen, daß der Staat angesichts hoher Zusatzkosten im Zuge der deutschen Vereinigung Steuersenkungen anbieten wird. Im Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aber wird es Auseinandersetzungen geben, insbesondere dann, wenn der Bund im Rahmen des Familienlastenausgleichs die Beitragskosten für Kinder in der Pflegeversicherung übernimmt. Zu erwägen ist ferner ein Zuschuß an die gesetzlichen Krankenversicherungen, da die privaten Krankenkassen — aufgrund der besseren Altersstruktur des Versichertenbestandes — weit weniger Pflegekosten zu übernehmen haben als die gesetzlichen Kassen.

Versicherung besser als Leistungsgesetz mit Steuerfinanzierung

Wenn gesellschaftlicher Konsens darüber besteht, daß für Pflegebedürftige mehr und bessere Leistungen erbracht werden müssen, was selbstverständlich mehr kostet, als gegenwärtig aufgebracht wird, so wäre ein „Leistungsgesetz“, wie es auch wieder in die Diskussion gebracht wurde, kaum der geeignete Weg. Durch ein

² Vgl. auch Wulf-Dietrich Leber und Rüdiger Meierjürgen, Die Altersrückstellung als Problem bei einer Neuordnung des Wettbewerbs in der privaten Krankenversicherung, in: Arbeit und Sozialpolitik, 45. Jg., Heft 7-8, S. 4-9.

³ Kapitaldeckung in der gesetzlichen Rentenversicherung zu betreiben, ist in größerem Stile ordnungspolitisch bedenklich, da den Rentenversicherungsträgern zuviel ökonomische Macht zuwachsen würde. Außerdem wäre — wie historische Erfahrungen zeigen — die Gefahr groß, daß ein derartiger Kapitalstock von der Politik zu sachfremden Zielen mißbraucht werden würde.

⁴ Zur Dynamik der Leistungsentwicklung im Gesundheitswesen vgl. z.B. Sachverständigenrat für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, Jahresgutachten 1988, Baden-Baden 1988, S. 37ff.

Leistungsgesetz, das es dem Staate überläßt, für die Finanzierung zu sorgen, würde die Pflgeetätigkeit vermutlich nicht aus dem Bereich der „Armenfürsorge“ herauskommen, wo sie heute im Rahmen der Sozialhilfe zu finden ist. Mehr Geld für eine menschenwürdige Pflege ist nur zu mobilisieren, wenn dies im Rahmen einer Versicherung geschieht.

Es wird argumentiert, daß eine Versicherungslösung für die Pflegevorsorge deshalb unerwünschte Verteilungswirkungen hätte, weil Gutverdienende entlastet und weniger Verdienende belastet würden. Dieses Argument ist typisch für eine konservierende Betrachtungsweise: Nicht die positiven Verteilungswirkungen der angestrebten Pflegeversicherung zählen, sondern vergleichsweise unbedeutende Konsequenzen der Verbesserung des jetzigen Zustandes. Die Lebenslage der Pflegebedürftigen soll günstiger werden, darauf kommt es an.

An der hier vorgeschlagenen Einbeziehung der Pflegeabsicherung in die bestehenden Krankenversicherungen kann man auch kritisieren, daß sich Privatversicherte nicht solidarisch an den Kosten der Pflege von weniger einkommensstarken Pflicht-Krankenversicherten beteiligen. Doch gewichtiger ist, daß die Risiken „chronische Krankheit“ und „Pflegebedürftigkeit“ nicht in unterschiedlichen Institutionen abgesichert werden, was letztendlich einen schlechteren Schutz ergeben würde. Denjenigen, die grundsätzlich die private Krankenversicherung abschaffen möchten, muß man ebenso wie den Befürwortern einer stärkeren Kapitaldeckung von Versicherungsleistungen entgegenhalten, daß sie die Pflegeversicherung nicht als Vehikel für andere Ziele benutzen sollten.

Gesellschaftlicher Wandel bedingt hohen Bedarf an Versicherungsleistungen

Über das ausgeprägte Interesse an den ordnungspolitischen und finanzierungstechnischen Aspekten drohen in der öffentlichen Diskussion die Fragen nach dem Leistungsspektrum einer Pflegeversicherung vernachlässigt zu werden. Der Entschluß, eine staatlich organisierte Pflegeversicherung einzuführen, ist die notwendige Reaktion der politisch Verantwortlichen auf die gesellschaftliche Dimension des Pflegeproblems. Dieses ist zwar im wesentlichen durch die Finanzierungsnöte der Kommunen, die zunehmend die Sozialhilfe für Pflegebedürftige aufbringen müssen, ins öffentliche Bewußtsein gerückt worden. Die Finanzierungsfragen dürfen aber den Blick nicht für die Einsicht verstellen, daß nicht nur unter humanitären, sondern auch unter längerfristigen finanziellen Gesichtspunkten die staatliche Regulierung der Leistungsseite von zentraler Bedeutung ist.

Das Problem der Pflegebedürftigkeit hat es immer gegeben. Es wurde jedoch solange nicht als gesellschaftlich relevant angesehen, wie „die Familie“, d.h. im wesentlichen die Frauen in der Familie, die Arbeit unentgeltlich ge-

leistet und die psychischen Belastungen getragen haben. Der häufig damit verbundene Mißstand hat inzwischen eine neue Dimension bekommen: einerseits durch das massive Ansteigen der altersbedingten Pflegebedürftigkeit — der natürlichen Kehrseite der an sich erfreulich erhöhten Lebenserwartung — und andererseits durch die verringerte Zahl nicht erwerbstätiger Hausfrauen.

Zur traditionellen Rollenverteilung gehörte es früher, daß die Frauen außer der Kindererziehung die Betreuung der im Vergleich zu heute wenigen älteren Pflegebedürftigen übernahmen. Heute wollen oder können immer weniger Frauen diese Rolle übernehmen. Der Anteil derjenigen, deren Lebensweg durch Kinderbetreuung früh auf die Familienarbeit hin programmiert ist, nimmt seit langem ab, weil es weniger Kinder gibt. Aber auch die Mütter mehrerer Kinder kehren verstärkt in den Beruf zurück. Zusammen mit den demographischen Faktoren bewirkt dies, daß bis zum Jahr 2010 die Zahl der älteren Menschen (60 und mehr Jahre alt) in Relation zur Zahl der Hausfrauen im Erwerbsfähigen-Alter schätzungsweise um 40 vH zunehmen wird⁵.

Auf den gleichen Ursachenkomplex, der hinter der steigenden Frauenerwerbstätigkeit und der gesunkenen Geburtenhäufigkeit steht, geht vermutlich auch der anhaltende Trend zur Veränderung der Haushaltsstrukturen zurück. In Westdeutschland lebten 1989 41 vH der Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren in Ein-Personen-Haushalten; die Zahl der älteren Menschen, die in Haushalten mit mehreren Generationen wohnen, hat ständig abgenommen und betrug 1989 nur noch 1,3 Millionen, während vier Millionen in Haushalten mit nur einer Generation lebten⁶. Es gibt immer weniger Nachkommen, die für die Pflege alter Eltern zuständig sein könnten. Künftig werden immer mehr Menschen im Fall der Pflegebedürftigkeit ausschließlich oder zumindest ergänzend auf „fremde“, d.h. außerfamiliale Hilfen angewiesen sein.

Die Veränderungen der Familienstruktur und der Erwerbsbeteiligung von Frauen führen also dazu, daß die privaten Haushalte künftig viel häufiger Lohn für die „Dienstleistung Pflege“ zahlen müssen, die früher unentgeltlich erbracht wurde. Außerdem ist dadurch ein großer Bedarf an Einrichtungen und personeller Infrastruktur entstanden, die es den Pflegebedürftigen und den sie Pflegenden ermöglichen, die nötigen Sach- und Dienstleistungen zu erhalten. Zusammen mit dem erhöhten Risiko der altersbedingten Pflegebedürftigkeit wird dies zu einem hohen Bedarf an Leistungen der Pflegeversicherung führen. Um die gesellschaftliche Akzeptanz der daraus folgenden finanziellen Belastung zu gewährleisten, muß das Bewußtsein

⁵ Vgl. Angebot an Arbeitskräften auf längere Sicht. Bearb.: Ellen Kirner und Erika Schulz. In Wochenbericht des DIW, Nr. 49/90, S. 679ff.

⁶ Ergebnisse des Mikrozensus. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Reihe 3, 1989, S. 233.

dafür geschärft werden, daß dies die Konsequenz der veränderten Lebensbedingungen in der Gesellschaft ist.

Vorsorgeleistungen erforderlich

Es liegt auf der Hand, daß die gesellschaftlichen Veränderungen, die zu einer Vereinzelung alter Menschen führen, die Leistungsstruktur der Pflegeversicherung prägen müssen. Es kommt darauf an, die Lebensverhältnisse der akut Pflegebedürftigen sowie der sie Pflegenden zu verbessern und gleichzeitig Vorsorge für die altersbedingte Pflegebedürftigkeit zu treffen. Ein großer Teil der früher in den privaten Haushalten geleisteten Hilfen muß ersetzt werden mit dem Ziel, den Älteren möglichst lange das selbständige Leben im eigenen Haushalt zu ermöglichen.

Da die Leistungsfähigkeit im Alter meistens nicht schlagartig nachläßt, kann in der Regel eine Heimunterbringung alleinstehender Menschen weit hinausgeschoben werden, wenn Hilfe zur Verfügung steht. Hierbei kommt es häufig zunächst gar nicht auf Pflegeleistungen im eigentlichen Sinne an, sondern auf die Bereitstellung von Sach- und Dienstleistungen für die Bewältigung des normalen Alltags. Selbst im hohen Alter wäre bei einem ausreichenden Angebot teilstationärer Einrichtungen die Unterbringung in teuren Pflegeheimen häufig zu vermeiden.

Den Trägern einer Pflegeversicherung müßten Konzepte und finanzielle Mittel an die Hand gegeben werden, damit sie die erforderliche Infrastruktur für diese Leistungen oder für die Organisation der Hilfen aus- bzw. aufbauen können. Daß die entsprechende Infrastruktur kleinräumig — „vor Ort“ — geplant und organisiert werden muß, liegt auf der Hand. Das bereits vorhandene Angebot solcher Dienstleistungen durch Sozialstationen usw. reicht bisher bei

weitem nicht aus. In einem staatlichen Rahmen, durch den die Qualität des Angebotes streng kontrolliert wird, ist hier auch Raum für Angebote des Marktes zu schaffen. Einen marktwirtschaftlichen Wettbewerb auf der Anbieterseite kann es auch im Rahmen einer sozialen Pflegeversicherung geben.

Knappheitsgerechte Bezahlung gegen „Pflegenotstand“

Die Bereitstellung der Infrastruktur für eine (familienergänzende) Betreuung Hilfs- und Pflegebedürftiger ist vermutlich leichter zu erreichen als das Ziel, ein ausreichendes Arbeitskräfteangebot für die Hilfe und Pflege zu mobilisieren. Die Beschwörung der Opfer- und Arbeitsbereitschaft von Familien kann zur Behebung des „Pflegenotstands“ nur wenig beitragen. Wirksam sind (bisher nur teilweise eingeführte oder geplante) materielle Hilfen und Transferleistungen für pflegende Familienangehörige. Vorrangig bedarf es des marktwirtschaftlichen Lohnanreizes, um dem Mangel an professionellem Pflegepersonal zu begegnen. Diese Lohnerhöhungen werden nur im Rahmen einer Versicherungslösung durchsetzbar sein. Denn erst wenn auf der Basis eines konkreten Leistungskatalogs der Pflegeversicherung der bereits vorhandene Bedarf zu effektiver monetärer Nachfrage werden kann, wird auch die Verhandlungsposition der Anbieter und Anbieterinnen solcher Dienstleistungen auf dem Arbeitsmarkt verbessert. Ein höherer Lohn könnte nach allen Erfahrungen ein Arbeitskräftepotential mobilisieren, das weit größer ist, als dies bei der heutigen sehr niedrigen Bezahlung zu erwarten ist. Damit es genügend professionelle Pflegekräfte gibt, bedarf es auch eines guten und bundeseinheitlich geregelten Ausbildungssystems für die bei der Altenpflege benötigten Berufe.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 103 **Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum — Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft.** Strukturberichterstattung 1987. 312 S. 1988. DM 82,—.
- Heft 104 **Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der Schuhindustrie in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 172 S. 1988. DM 58,—.
- Heft 105 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Kurt Geppert und Bernd Görzig. 212 S. 1988. DM 68,—.
- Heft 106 **Berufsstart in Berlin.** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 250 S. 1988. DM 76,—.
- Heft 107 **Strukturverschiebungen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor.** Von Frank Stille, Renate Filip-Köhn, Heiner Flassbeck, Bernd Görzig, Erika Schulz und Reiner Stäglich. 235 S. 1988. DM 74,—.
- Heft 108 **Investitionen, Beschäftigung und Produktivität.** Zu den Arbeitsplatzeffekten einer verstärkten Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund sektoraler Entwicklungen. Von Bernd Görzig, Jürgen Blazejczak, Gustav Adolf Horn, Wolfgang Kirner, Erika Schulz und Frank Stille. 265 S. 1988. DM 78,—.
- Heft 109 **Zukünftiger Finanzbedarf für die Verkehrswege in Städten und Gemeinden unter besonderer Berücksichtigung von Ersatzinvestitionen.** Von Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld und Uwe Kunert. 193 S. 1988. DM 66,—.
- Heft 110 **Die Einkommensverteilungseffekte der Staatsverschuldung in einer unterbeschäftigten Wirtschaft — Analyse anhand eines ökonomischen Konjunkturmodells für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Rudolf Zwiener. 176 S. 1989. DM 62,—.
- Heft 111 **Die Besteuerung der Unternehmensgewinne — Sieben Industrieländer im Vergleich.** Von Bernhard Seidel, Fritz Franzmeyer, Joachim Volz und Dieter Teichmann. 265 S. 1989. DM 86,—.
- Heft 112 **Ost-West-Kooperation — Bestandsaufnahme und Ergebnisse einer Umfrage.** Von Horst Lambrecht, Jochen Bethkenhagen, Karl Betz, Heinrich Machowski und Doris Cornelsen (Projektleitung). 148 S. 1990. DM 52,—.
- Heft 113 **Die Energiewirtschaft in den kleineren Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe — Entwicklungstendenzen in den achtziger Jahren.** Von Jochen Bethkenhagen. 257 S. 1990. DM 84,—.
- Heft 114 **Wirkungsanalyse der Novellierung der Herstellerpräferenz (§§ 1 ff Berlin FG) von 1982.** Von Alexander Eickelpasch und Peter Ring. 218 S. 1990. DM 72,—.
- Heft 115 **Wirkungsanalyse der Forschungspersonal-Zuwachsförderung — In Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für Systemtechnik (ISI).** Von Kurt Hornschild (Projektleiter), Frieder Meyer-Krahmer (DIW), Gerhard Becher, Gisela Gielow, Uwe Kuntze (ISI). 224 S. 1990. DM 74,—.
- Heft 116 **Ein dynamisches Input-Output-Modell zur Abschätzung der Auswirkungen ausgewählter neuer Technologien auf die Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dietmar Edler. 233 S. 1990. DM 76,—.
- Heft 117 **Forschung und Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe von Berlin.** Von Uwe Müller. 338 S. 1990. DM 94,—.
- Heft 118 **Marktabstottungspolitiken wichtiger Schwellenländer und wirtschaftliche Entwicklung. — Empirische Untersuchungen am Beispiel der Elektronikindustrie und des Kraftfahrzeugbaus in Brasilien, Indien und Korea.** Von Dieter Schumacher und Herbert Wilkens. 210 S. 1990. DM 74,—.
- Heft 119 **Berechnung der Kosten und der Ausgaben für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1987.** Von Heinz Enderlein und Uwe Kunert. 106 S. 1990. DM 48,—.
- Heft 120 **Künftige Perspektiven des Wohnungsbaus und der Wohnungsbaufinanzierung für das Gebiet der neuen Bundesländer.** Von Bernd Bartholmai und Manfred Melzer. 139 S. 1991. DM 62,—.
- Heft 121 **Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der DDR.** Von Bernd Görzig und Martin Gornig. 104 S. 1991. DM 48,—.
- Heft 122 **Bauwirtschaft im Gebiet der ehemaligen DDR — mögliche Entwicklung der Kostenstruktur im Zuge der Neuordnung nach der Wirtschaftsunion.** Von Bernd Bartholmai, Manfred Melzer und Lutz Uecker. 95 S. 1991. DM 46,—.
- Heft 123 **Zeitreihen des Anlagevermögens in Industriezweigen nach Beschäftigtengrößenklassen.** Von Bernd Görzig. 134 S. 1991. DM 62,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im dritten Quartal 1991. Bearbeitet von Karin Müller-Krumholz.

Exporte steigen wieder. Bearbeitet von Herbert Lahmann.

Pflegeversicherung — Einbeziehung in die Krankenversicherungen mit allgemeiner Versicherungs- und Kontrahierungspflicht. Bearbeitet von Ellen Kirner und Gert Wagner.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

	Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe (Volumen) ²⁾												
					Insgesamt	dav.: Hauptgruppen				Inland		Ausland					
	Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe		Investitionsgütergewerbe			Verbrauchsgütergewerbe											
	in 1000				1985 = 100												
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	
1989	J	2088		213		111,9		109,2		113,2		112,0		111,4		112,6	
	F	2076	2075	221	220	114,1	114,2	111,1	110,6	116,4	116,6	112,2	112,8	113,4	114,2	115,5	114,4
	M	2061		227		116,7		111,4		120,2		114,1		117,7		115,0	
	A	2060		231		118,0		111,5		122,1		116,4		117,5		119,0	
	M	2066	2056	238	238	115,3	117,1	110,8	111,6	117,9	120,6	114,1	115,4	113,2	116,4	118,7	118,4
	J	2041		244		118,1		112,6		121,7		115,7		118,4		117,6	
	J	2014		248		116,7		113,3		118,8		115,7		115,7		118,3	
	A	1993	1995	258	262	115,4	116,4	110,7	111,4	117,6	119,1	116,2	116,3	113,8	115,6	118,1	117,9
	S	1977		279		117,2		110,2		120,9		116,9		117,2		117,2	
	O	1973		297		116,2		111,9		118,5		116,2		116,9		115,2	
	N	1999	1985	305	302	118,6	119,1	111,4	111,3	122,9	123,9	117,0	116,8	116,7	118,4	121,6	120,1
	D	1982		305		122,4		110,6		130,2		117,3		121,7		123,5	
1990	J	1978		304		118,2		112,5		121,7		117,1		118,4		118,1	
	F	1923	1932	306	307	118,6	118,7	111,6	112,3	121,8	122,3	120,0	118,5	118,3	118,1	119,0	119,9
	M	1894		312		119,4		112,7		123,3		118,4		117,5		122,5	
	A	1938		318		117,7		112,4		121,3		115,3		118,1		117,2	
	M	1941	1937	324	322	121,0	119,6	111,0	111,6	126,5	124,1	120,4	118,9	123,7	121,4	116,7	116,8
	J	1935		324		120,1		111,4		124,4		120,9		122,3		116,5	
	J	1907		325		122,6		113,4		126,8		124,5		125,7		117,4	
	A	1870	1868	319	318	125,1	124,8	114,4	115,5	130,5	129,2	126,1	126,2	131,7	129,3	114,3	117,3
	S	1826		310		126,7		118,6		130,4		127,9		130,5		120,3	
	O	1786		307		129,4		118,7		134,7		130,9		135,7		119,5	
	N	1733	1744	307	308	125,6	126,0	116,0	116,8	129,3	129,2	129,6	131,0	135,1	134,1	109,9	112,7
	D	1712		311		122,9		115,8		123,6		132,5		131,6		108,7	
1991	J	1660		319		128,4		118,5		133,3		129,5		136,5		115,1	
	F	1668	1662	321	325	124,1	125,6	115,3	115,7	127,1	129,7	129,4	129,4	133,0	134,7	109,5	110,7
	M	1656		334		124,3		113,2		128,6		129,2		134,6		107,4	
	A	1663		341		120,6		113,6		123,2		124,1		130,0		105,2	
	M	1707	1694	346	346	122,5	122,0	113,8	113,3	126,6	125,6	124,1	125,5	130,2	130,4	109,8	108,3
	J	1712		351		123,0		112,5		126,9		128,2		130,9		110,0	
	J	1733		347		122,6		115,9		124,0		129,3		127,8		114,0	
	A	1731	1727	346	342	122,5	122,3	114,4	114,2	125,6	125,2	126,4	126,6	128,6	128,4	112,7	112,3
	S	1717		332		121,9		112,3		126,1		124,2		128,8		110,3	
	O																
	N																
	D			318													

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

		Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe		Produktion im produzierenden Gewerbe ²⁾							Umsätze des Einzel- handels zu Preisen von 1980		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾			
				Verarbei- tendes Gewerbe	dav.: Hauptgruppen				Bauhaupt- gewerbe	Ausfuhr			Einfuhr			
					Grundstoff- u. Produktions- gütergewerbe		Investitions- gütergewerbe									
				in 1000		1985 = 100							1986 = 100		Mrd. DM zu Preisen von 1980 ³⁾	
mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	
1989	J	7150		110,0		107,0		113,5		123,1		108,7		44,4		39,4
	F	7160	7160	110,2	110,4	107,6	108,1	113,2	113,6	122,2	122,2	108,8	108,4	44,9	44,3	39,3
	M	7169		111,1		109,6		114,0		121,3		107,8		43,6		37,6
	A	7175		113,7		107,7		118,3		114,6		109,9		44,3		38,9
	M	7183	7186	109,8	112,1	108,2	107,8	112,0	115,8	108,8	113,1	108,1	110,0	43,5	44,6	39,1
	J	7200		112,8		107,6		117,0		115,8		112,0		46,2		40,7
	J	7218		113,9		108,8		118,9		113,1		107,2		44,1		39,6
	A	7234	7233	112,8	113,4	109,2	109,1	116,5	117,8	116,6	115,6	109,8	109,1	44,9	45,2	39,7
	S	7247		113,6		109,4		117,9		117,0		110,2		46,5		41,4
	O	7260		114,3		109,3		118,7		118,8		110,0		44,1		41,2
	N	7279	7277	114,9	115,1	109,4	109,7	120,1	119,8	122,8	121,2	111,4	110,5	45,5	45,0	41,1
	D	7292		116,1		110,5		120,6		122,0		112,0		45,5		41,7
1990	J	7337		115,7		109,3		121,7		123,8		114,8		48,4		43,4
	F	7359	7353	116,5	116,5	110,7	110,6	121,9	122,0	127,4	128,7	113,6	114,3	46,7	47,3	41,8
	M	7364		117,4		111,7		122,3		134,8		114,5		46,9		41,8
	A	7371		115,3		110,6		119,2		122,5		115,8		45,6		44,1
	M	7384	7383	119,1	117,5	109,4	110,5	124,9	122,1	124,3	121,2	118,8	116,5	45,1	44,1	41,9
	J	7393		118,1		111,4		122,2		116,9		114,9		41,6		43,1
	J	7420		119,8		110,1		124,9		125,2		122,8		45,2		44,5
	A	7435	7429	119,0	120,1	110,6	111,4	122,4	124,1	120,2	122,9	122,9	121,6	45,6	45,2	45,7
	S	7431		121,4		113,5		124,9		123,2		119,0		44,7		45,7
	O	7469		122,3		111,8		126,2		127,5		124,3		46,7		45,9
	N	7482	7482	122,3	122,6	112,9	112,6	125,8	126,7	126,3	125,6	123,6	122,7	46,4	45,8	50,9
	D	7495		123,3		113,1		128,1		122,9		120,2		44,4		48,9
1991	J	7524		123,2		113,6		126,9		124,0		127,6		46,0		51,9
	F	7542	7535	123,1	123,1	111,4	113,3	127,3	126,8	103,3	120,8	125,1	125,8	45,4	45,8	49,8
	M	7538		123,1		115,0		126,3		135,2		125,3		46,1		50,2
	A	7544		123,2		112,1		127,2		133,3		128,6		43,8		49,8
	M	7533	7532	123,0	124,1	113,2	113,5	126,3	128,1	124,3	127,5	125,8	127,1	46,3	44,4	53,4
	J	7519		126,2		115,1		130,9		124,8		126,8		43,0		49,8
	J	7524		123,9		111,7		128,0		129,9		130,5		46,9		50,8
	A	7499		120,5	121,8	110,3	111,3	124,6	125,6	121,8	127,7	121,3	123,5	46,9	46,6	49,2
	S			121,0		111,8		124,3		131,3		118,6		46,1		52,8

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Index der Durchschnittswerte und Außenhandel Westdeutschlands — soweit nicht veröffentlicht — vom DIW geschätzt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.